

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 105

JULI/AUGUST 1993

50 Pfennig

GSG-9-Todesschwadronen killen Wolfgang Grams Nieder mit staatlichem Terror gegen Linke und Immigranten!

Am Sonntag, 27. Juni, war Bad Kleinen Schauplatz eines blutigen Großeinsatzes der Herrscher des Vierten Reichs. Über fünfzig Bullen von GSG 9, Grenzschutz und BKA-Einsatzkommandos jagten auf dem öffentlichen Bahnhof der Kleinstadt zwei Linke und ermordeten den bereits am Boden

dungen überflutet. Mit wüsten Meldungen über die Anzahl der Bullen, Waffen und Geschosse bis zur Version von Grams' „Selbstmord im Taumeln“ mit einer zwei Meter entfernt liegenden Waffe spielen sich Polizeieinheiten, Staatsanwaltschaft und Regierung gegenseitig die Bälle zu. Klar ist, daß auf dem Bahnhof eine mord- und schießwütige Truppe im Einsatz war, wo wahrscheinlich sogar der GSG-9-Bulle durch ihre eigenen Kugeln umgekommen ist. Beim Aufschrei in den Medien und beim Austausch von Innenminister und Generalbundesanwalt geht es nur um den dilettantischen Ablauf ihrer Mord-Aktion, die durch die Aussage einer Augenzeugin an die Öffentlichkeit kam.

Freiheit für die RAF!

liegenden RAF-Unterstützer Wolfgang Grams mit einem aufgesetzten Kopfschuß. Seine Genossin und Freundin Birgit Hogefeld wurde festgenommen und ins Gefängnis geworfen. Dieses Verbrechen war ein neuer blutiger Höhepunkt des jahrzehntelangen Vernichtungskriegs der Bourgeoisie und ihrer reformistischen Helfershelfer gegen die RAF.

Seither werden die Medien mit einer konzertierten Aktion von staatlichen Vertuschungen, Lügen und Falschmel-

Die öffentliche Hinrichtung von Wolfgang Grams im Stil der Nazi-Wehrmacht war keine „Panne“, sondern eine *staatlich geplante Aktion, an der zumindest das Innen- und Justizministerium sowie Scharpings Landesregierung direkt* Fortgesetzt auf Seite 6

Neues Afrikakorps des Vierten Reichs UN/Imperialisten raus aus Somalia!



Reuter

Ob Blauhelm oder Stahlhelm: Probelauf der Bundeswehr in Somalia

Das Heer des deutschen Reiches macht wieder mobil, „Schritt für Schritt“ laut Kriegsminister Rühle. Erst schickte es Kreuzer in die Adria, natürlich nur als „Beobachter“. Danach kam der Balkan dran, diesmal „aus historischen Gründen“ aus sicherer Entfernung in 5000 Meter Höhe mit AWACS-Aufklärern – statt mit Panzern wie im Zweiten Weltkrieg, wo die Nazis Hunderttausende Roma, Juden und Slawen abschlachteteten. Jetzt wurde das erste Truppen-Kontingent nach Somalia geschickt. Und die deutschen Imperialisten gieren nach einem Sitz in der Völker-mordzentrale der UNO.

Tausende Menschen verhungern *jeden Tag* in Somalia. Als abwechselnder Klientenstaat von der UdSSR und den USA konnte es seine formale Unabhängigkeit Fortgesetzt auf Seite 11

Schulterschluß von PDS und Rep-Nazis in Pankow

Rassistische Volksfront läßt Maske fallen

Antifaschistische Aktionen sind nicht Sache der PDS, das konnte man schon seit Rostock und Mölln sehen. Doch nach den Nazi-Morden in Solingen verhöhnte die PDS-Fraktion in Berlin-Pankow die Opfer der rassistischen Morde auf besonders schmutzige Weise: Sie verabschiedete in der Pankower Bezirksverordnetenversammlung eine *gemeinsame Erklärung mit den Republikaner-Faschisten!* (Pankower Spiegel Nr. 12, Juni).

Einträchtig mit der Partei Schönhubers klagten in Pankow die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD, Grünen und PDS: „Dem Ansehen Deutschlands wurde nach innen und außen ein großer, lang andauernder Schaden zugefügt.“ Schönhuber ist der Mann, der stolz darauf ist, daß er in Hitlers SS war. Während die PDS mit den Faschisten in Schlips und Kragen gemeinsame Erklärungen herausgibt, zünden faschistische Mörderbanden draußen auf den Straßen täglich die Wohnungen türkischer Familien an. Während Flüchtlinge und Immigranten, sofern sie es überhaupt ins Landesinnere schaffen, von Nazis überfallen und ermordet werden, macht die PDS die Faschisten salonfähig.

Nach den Morden in Solingen sind Tausende Antifaschisten auf die Straße gegangen, um die Nazis zu bekämpfen. Kohl und Rau bedrohten die türkischen und kurdischen Antifaschisten mit Polizeiterror und Ausweisung. Die Spartakisten riefen zu gezielten Arbeiteraktionen auf, um die Nazi-Mordzentralen auseinanderzujagen. Die PDS dagegen will gemeinsam mit den Republikaner-Nazis „darauf dringen, daß der Nährboden für die zunehmende Radikalisierung auch in unserem Bezirk ausgetrocknet wird“.

Gegen wen anders als Immigranten und Linke richten sich Aufrufe gegen „zunehmende Radikalisierung“? Jüngstes Beispiel ist die kaltblütige Hinrichtung von Wolfgang Grams durch die Killer der GSG 9. Auf die Rufe der Reformisten nach mehr Polizei antwortet die Bourgeoisie mit der Anfachung von Nazi-Terror und staatlicher Repression gegen Organisationen wie Devrimci Sol bis hin zu Verbotsdrohungen gegen die PKK. Die PDS hat ihre Lektion in bürgerlicher Demokratie schon so gut gelernt, daß sie jetzt versuchen will, gemeinsam mit den Brandstiftern und Brandlegern das Feuer zu löschen.

Wer bis jetzt noch meinte, die Existenz der rassistischen

Erklärung der Pankower Bezirksverordnetenversammlung

Die Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin haben mit großer Erschütterung von dem grausamen Verbrechen in unserem Land, in Solingen, Kenntnis genommen. Uns gegen die Täter.

**PANKOWER
Spiegel**

optimistisch sachlich kritisch

12 / 1993 Juni

die Opfer, Mitgefühl mit den Angehörigen und Deutschlands wurde nach innen und außen ein großer Schaden zugefügt. Mit Besorgnis nehmen wir in unserem Land ein Klima der Intoleranz und Radikalismus um sich greift. Wir als die Vertreterinnen und Vertreter der Pankower Entwicklung nicht abblenden.

Wir stehen für Toleranz und Solidarität und mitmenschliche Hilfe für unsere ausländischen Mitbürger. Wir unterstützen jede Anstrengung für die Integration unserer ausländischen Mitbürger. Darum müssen wir darauf dringen, daß der Nährboden für die zunehmende Radikalisierung auch in unserem Bezirk ausgetrocknet wird.

Heimut Hampel SPD-Fraktionsvorsitzender	Roland Schröter PDS-Fraktionsvorsitzender
Helnz Dinter CDU-Fraktionsvorsitzender	Erdmann Seeliger Bündnis 90/Grüne-Fraktionsvorsitzender
Bernhard Gärgens Die Republikaner-Fraktionsvorsitzender	

Volksfront von CDU, SPD, Grünen bis PDS als Einbildung sektiererischer Hysterie abtun zu können, wurde einmal mehr eines Besseren belehrt. Und jetzt hat es der PDS-Vorsitzende Bisky ganz offen gesagt: Als Mitte Juli eine PDS-Veranstaltung in Torgau von 30 Nazis mit Rufen wie „PDS verrecke“ überfallen wurde, antwortete er mit dem Aufruf zur Bildung einer „konzertierten Aktion aller Parteien“ gegen Rechtsradikalismus. Die PDS-Führung von Gysi/Bisky hat für die offene Klüngerlei in der PDS mit Nazis vor allem dadurch den Boden bereitet, daß sie nach mehr Polizei im „Rechtsstaat“ der Bourgeoisie von Auschwitz schreit.

Es liegt eine gewisse Logik darin, daß eine Partei, die ihren „Neubeginn“ durch die Kapitulation vor dem Imperialismus markiert hat, indem sie die DDR ausverkaufte, dann auch bald zu direkter Unterstützung des rassistischen Programms des Kapitals übergeht. Auf ihrer Suche nach Akzeptanz im Vierten Reich hat sich die PDS nicht auf den Ruf nach mehr Bullen beschränkt. Sie beteiligte sich an der rassistischen Hetze gegen eingewanderte Hüchenspieler und zeigte „Verständnis“ für die Beifallklatscher des Pogroms in Rostock; auf Gysis öffentlichen Fernsehauftritt mit SS-Schönhuber folgte Ostrowskis heimliche Kungelei mit Nazi-Mayer, die jetzt im nachhinein von der Landesschiedskommission der PDS Sachsen abgesegnet wurde. Und am letzten PDS-Parteitag stimmten die Delegierten mehrheitlich dafür, ein Banner abzuhängen, das zu militantem Widerstand gegen Nazis aufrief.

Für die PDS-Wendehälse liegen Welten hinter ihrer Mobilisierung für die antifaschistische Massendemonstration in Treptow im Januar 1990, die von den Spartakisten initiiert wurde und an der sich 250 000 Antifaschisten, davon viele SED-PDSler, beteiligten. Wer sich dem Kapitalismus in die Arme wirft, muß notwendigerweise die Existenz von Faschisten in Kauf nehmen – oder sogar, wie in Pankow, als friedliebend verkaufen! Faschisten sind Mörderbanden, und Völkermord ist kein „Diskussionsthema“! Wir Spartakisten wollen die Macht der Arbeiter/Immigranten und die antifaschistischen Jugendlichen mobilisieren, um die Faschisten zu zerschlagen. Wobei wir klipp und klar sagen, daß die Arbeiterklasse das Problem des Faschismus endgültig erst mit dem Problem des Kapitalismus lösen wird. ■

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens,
Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes,
Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 20402 Hamburg, Fax (040) 3301 54
Postfach 51 06 55, 13366 Berlin, Fax (030) 491 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 491 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Rassistischer Krieg von Mitterrand-Balladur in Frankreich

Eisenbahner: Stoppt die Deportationszüge!

Am 18. Juni hatte das Parlament in Frankreich ein Gesetz zur „Immigranten-Kontrolle“ verfaßt. Teil dieser rassistischen Kampagne, die zeitgleich zur Abschaffung des Asylrechts in Deutschland beschlossen wurde, sind Abschiebungen per Zug. So sind 22 Züge im Juli, 22 im August und 20 Züge im September geplant. Unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) kämpfen für entschlossene Aktionen der Arbeiterklasse, die die Deportationszüge stoppen. Am 12. Juli protestierten fast 400 Personen auf einer Kundgebung vor dem Pariser Bahnhof Gare de Lyon, von dem aus ab sofort Züge mit abgeschobenen Immigranten Richtung Lyon und Marseille rollen sollen. An dem Protest beteiligten sich Arbeiter der Gewerkschaften CGT und CFDT, verschiedene Organisationen von Immigranten und Antifaschisten. Die Gruppe ACT-UP machte mit Plakaten auf die Hetzkampagne gegen AIDS-Kranke aufmerksam. Die LTF beteiligte sich mit einem Kontingent, und unsere Plakate und Losungen wurden von vielen, wie von der türkischen Gruppe ACTIT, begeistert aufgenommen. Dies kann ein Auftakt sein für wirkliche Arbeiteraktionen, diese Züge zu stoppen! Nachstehend drucken wir Auszüge aus dem Aufruf der LTF vom 11. Juli ab.

Direkt aus dem Programm der Faschisten gegen die Immigranten schöpfend, intensivieren Regierungschef und Innenminister Balladur und Pasqua Tag für Tag die Dreckarbeit gegen Arbeiter und Immigranten, die seit zwölf Jahren von den Mitterrand-Regierungen durchgeführt wird. Im Rahmen des rassistischen Kriegs benutzt Pasqua Waggon der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF, um abgeschobene Immigranten Richtung Marseille zu transportieren. Diese Maßnahme provoziert die Wut der Eisenbahner. Die Eisenbahner müssen diese Deportationszüge stoppen!

Der Eisenbahner-Gewerkschaftsverband der CGT erklärt in einem Brief vom 28. Juni an die Geschäftsleitung der SNCF: „In anderen Perioden unserer Geschichte sind Menschen, die als unerwünscht erklärt wurden, mit Gewalt durch Züge transportiert worden: diese Erinnerungen sind schmerzhaft.“ Sie rufen zu Recht die Züge in Erinnerung, die unter Vichy Juden und Widerstandskämpfer in die Todeslager deportierten. Dies ist derselbe bürgerliche Staat: von den Massenverhaftungen des Vel d'Hiv gegen die Juden 1942 [Sammelpunkt für die Todestransporte] bis zum jetzigen rassistischen Krieg – dazwischen die dreckigen Kolonialkriege und die Ermordung der Algerier im Oktober 1961 in Paris. Nieder mit dem Nationalitätengesetz „Code de la nationalité“! Nieder mit den rassistischen Gesetzen von Mitterrand-Pasqua! All diejenigen, die es geschafft haben, in dieses Land zu gelangen, müssen das Recht haben, hier zu bleiben! Nieder mit der Jagd auf „Illegale“! Nieder mit allen rassistischen Diskriminierungen! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und ihre Familien! Für Verteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten, basierend auf den Fabriken, um die Immigrantenviertel zu verteidigen!

In Marseille will Pasqua die Schiffe einsetzen. Die See-



Le Bolchévik

Paris: Block der Ligue trotskyste de France bei Demo am 10. Mai gegen rassistischen Code de la nationalité

leute, die Hafentarbeiter und ihre Organisationen müssen sich mit den Eisenbahnern abstimmen, damit die Schiffe mit den Abgeschobenen am Kai bleiben! Die individuelle Aktion von zivilen Piloten, die ablehnten, Abgeschobene an Bord zu nehmen, ermöglichte es, daß 44 477 von 53 115 vorgesehenen Abschiebungen nicht stattfinden konnten. Die Piloten und das gesamte Luftfahrtpersonal müssen sich dem Kampf anschließen, um alle Abschiebungen zu verhindern.

Während des Golfkriegs, wo die Imperialisten mehr als 150 000 Iraker niedergemetzelt haben, hatten die Eisenbahner von Chambéry vorübergehend einen Militärzug blockiert, der für diesen Massenmord bestimmt war. Ebenso hatten sich die Hafentarbeiter von Fos-sur-Mer geweigert, Militärcontainer für diesen gleichen Krieg zu verladen. Die Aktion der Arbeiter hat die soziale Macht, die Maschinerie der Bourgeoisie zu blockieren! Erinnern wir uns, daß der Streik der Eisenbahner 1987 die Chirac-Regierung gestürzt hat.

Mit den Siegen der kapitalistischen Konterrevolution im Osten, die auf den Zusammenbruch des Stalinismus folgten, sind die interimperialistischen Rivalitäten verschärft worden und die verschiedenen Bourgeoisien stürzen sich ermutigt in die Offensive gegen die Werktätigen. Und gerade auf die Immigranten konzentrieren sie ihr Feuer.

Eine Aktion der Eisenbahner, die die Züge mit der Unterstützung der „französischen“ und immigrierten Arbeiter blockieren, würde eine hervorragende Ermutigung sein für die Jugendlichen, die Arbeiter und die Immigranten, die in diesem Land wie in ganz Europa ein Mittel suchen, mit den Angriffen und anderen Kampagnen des rassistischen Terrors Schluß zu machen, mit denen sie konfrontiert sind.

Über diese Mobilisierungen gegen den rassistischen/faschistischen Terror und gegen die antiproletarische Offensive der Bourgeoisie müssen die Arbeiter sich eine Führung schaffen, die mit einem revolutionären Programm bewaffnet ist und sie zum Sieg führt. Für den Aufbau einer solchen revolutionären Partei, die für die Errichtung einer Arbeiterregierung kämpft, steht die Ligue trotskyste. *Es muß Schluß gemacht werden mit diesen Deportationszügen! Arbeiteraktionen, um die Abschiebungen zu stoppen!* ■

Fegt die kapitalistischen Regime von Krawtschuk/Jelzin weg! Massenstreik der Bergarbeiter erschüttert die Ukraine

Nach einem Streik, der fast zwei Wochen dauerte und die bloße Existenz der kapitalistischen Regierung der Ukraine von Präsident Krawtschuk und Ministerpräsident Leonid Krutschma bedrohte, haben die Bergarbeiter und anderen Arbeiter im großen und ganzen die Arbeit wieder aufgenommen. Als der Streik sich von dem Kohle fördernden

Nachstehend drucken wir Auszüge des Artikels „Massenstreiks der Bergarbeiter erschüttern die Ukraine“ aus *Workers Vanguard* Nr. 578, 18. Juni, ab.

Seit Streikbeginn hat es im Zentrum von Donezk jeden Tag rund um die Uhr Demonstrationen von Tausenden Bergarbeitern und anderen Streikenden gegeben. Am 11. Juni wurde hier ein Koordinationskomitee aus Vertretern von 73 bestreikten Betrieben gegründet, und es verlangte sofort von der Stadtverwaltung Busse, die Delegationen transportieren sollten, um angesichts der Medienblockade Streiknachrichten zu verbreiten. Der Streik hat sich jetzt auf die westliche Ukraine ausgeweitet, einschließlich Lwow und Wolynien nahe der polnischen Grenze.

Dies ist die erste größere Herausforderung der entstehenden kapitalistischen Staaten durch das Proletariat. Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) haben das russischsprachige *Bjulleten Spartakowzew* verteilt. So wurden über 2400 Exemplare von Spartacist-Literatur allein bei der Kundgebung von 50 000 Bergarbeitern und anderen Arbeitern in Donezk am 14. Juni verkauft, darunter der Artikel „Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde“, der hervorhebt, daß Stalin und seine Erben mit ihrer verlogenen Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ die UdSSR in die Katastrophe führten. Diese bürokratischen Usurpatoren, die das sowjetische Proletariat atomisierten und demoralisierten, verrieten weltweit die entscheidenden Gelegenheiten zu proletarischen Revolutionen, die die Macht des Weltimperialismus gebrochen und die Grundlage für die Entwicklung einer internationalen sozialistischen Gesellschaft gelegt hätten.

Bei Diskussionen mit Bergarbeitern haben wir die Notwendigkeit betont, wirkliche Arbeiterräte (Sowjets) zu bilden, die auf gewählten Vertretern der streikenden Betriebe beruhen und auch andere Schichten der Bevölkerung wie Studenten, Rentner und Soldaten einbeziehen. Genossen der IKL sind auch dafür eingetreten, Delegationen in die Kohlenreviere und Industriezentren Rußlands und der anderen Republiken zu senden, um den Streik über die Ukraine hinaus auszuweiten. Dies würde direkt die Möglichkeit ergeben, Krawtschuk, Jelzin und alle neuen Ausbeuter durch Klassenkampf hinwegzufegen. *Eine siegreiche Arbeiterrevolution muß eine wirklich egalitäre, freiwillige Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken schmieden, die auf Sowjetdemokratie beruht und sich von proletarischem Internationalismus leiten läßt!*

„Nationalismus darf nicht durchkommen!“

Die wirtschaftliche Lage ist in der Ukraine sogar noch katastrophaler als in Jelzins Rußland. Nachdem die Ukraine 18 Monate nach ihrer Unabhängigkeitserklärung den russischen Rubel abgeschafft hatte, hat sie noch immer keine wirkliche Währung, nur eine „Coupon“-Ersatzwährung wurde eingeführt. Der Zusammenbruch des industriellen Versorgungsnetzes nach dem Zerfall der Sowjetunion und

Fortgesetzt auf Seite 22



AP

Erbitterter Streik der Bergarbeiter gegen Krawtschuk

Donezk-Becken (Donbass) in der östlichen Ukraine auszuweiten begann, stimmte das ukrainische Parlament am 17. Juni mit überwiegender Mehrheit dafür, die Forderung der Bergarbeiter nach einem Referendum über die Regierung, das im September stattfinden soll, zu akzeptieren. Krawtschuk hatte bereits den entscheidenden wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden nachgegeben, darunter einer Lohnerhöhung, die an die galoppierende Inflationsrate der Ukraine gekoppelt ist. Doch nachdem der Streik vorbei war, sagte Krutschma, die Regierung habe nicht das Geld, um die Lohnforderungen zu bezahlen.

Dieser machtvolle Streik demonstrierte die Fähigkeit der Arbeiterklasse, die anfälligen nationalistisch-kapitalistischen Regime, die auf dem Leichnam des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaats errichtet wurden, hinwegzufegen. Aber die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft (NPG) nutzte die Militanz der Streikenden für ihre eigenen Zwecke aus und propagierte eine regionale Selbstverwaltung im Interesse der Mächtigen-Bergwerkseigentümer.

Für die Herrschaft von Arbeiterräten!

4
Junge Spartakisten

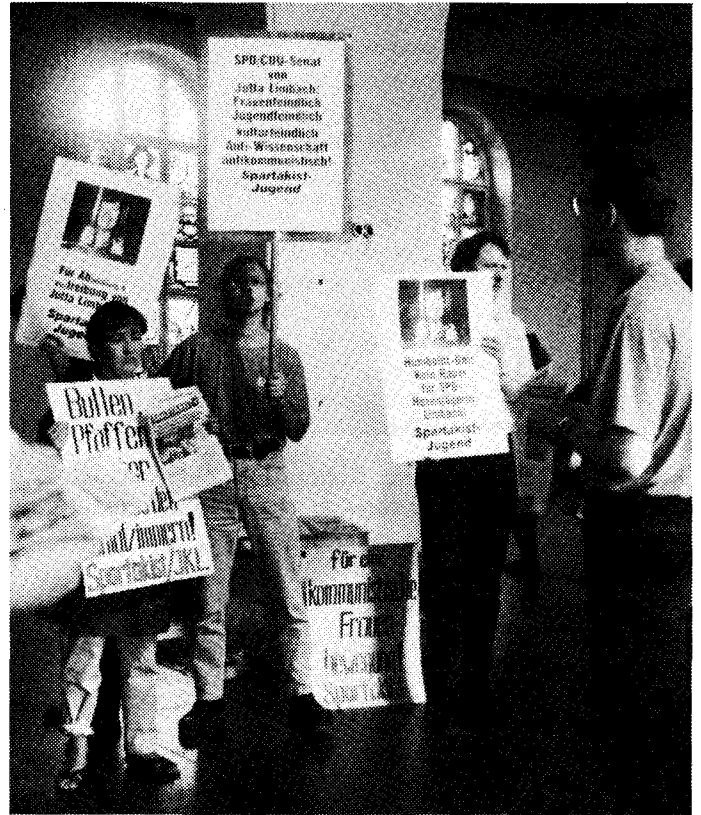
Humboldt-Uni: „Kein Platz für SPD-Hexenjägerin Jutta Limbach!“

Rund 200 Studenten strömten am 30. Juni zu einer Podiumsdiskussion zum Thema des Schandparagrafen 218, die von der uStA, wo auch Mitglieder der PDS-getreuen HDS mitwirken, organisiert worden war. Und dazu eingeladen war ausgerechnet ... Jutta Limbach!

Das mußte verhindert werden! Jutta Limbach war und ist an der Spitze derjenigen, die die antikommunistische Hexenjagd an diese Uni getragen haben, die Heinrich Fink gefeuert und ganze Fachbereiche abgewickelt haben. Limbach hat Erich Honecker wütend verfolgt und hält jetzt Mielke mit einer Nazi-Anklage im Knast fest. Die Bourgeoisie von Auschwitz hat kein Recht, Repräsentanten eines Arbeiterstaats zu verfolgen! Mit Plakaten und Parolen wie „Weg mit 218/219, Weg mit Limbach“, „Humboldt-Uni – Kein Platz für SPD-Hexenjägerin Limbach“ und „Schluß mit der antikommunistischen Hexenjagd, Freiheit für Mielke, Keßler, Neiber“ protestierten wir vor dem Eingang zum Audimax.

Die Einladung der SPD-Hexenjägerin und Staatsanwältin für einen „verbesserten“ § 218 war ein Schlag ins Gesicht jeder Studentin, jedes Studenten und aller Mitarbeiter an dieser Uni. Wollte die uStA mit dieser empörenden Einladung an Limbach beweisen, wie dienstefrig sie an der „Selbstsäuberung von der Stasi“ teilnehmen will? Oder wozu diene diese Verbeugung vor der SPD. Ist es denn ein Zufall, daß die SPD die eifrigste Hexenjägerin ist, mit der die Arbeiter, die Frauen und antifaschistischen Jugendlichen eingeschüchert werden sollen? Diejenigen, die so sehr um „Recht“ und vor allem um Ordnung bemüht sind, sind die gleichen, die die Angriffe des Staates auf Frauen und Immigranten führen und die Uni von allen Überbleibseln der DDR, vor allem von Arbeiterkindern, frei machen wollen. Ein Plakat der Spartakist-Jugend lautete: „Will Limbach nach Honecker-Flop Zelle für Frauen, die abtreiben?“

Worum ging es denn bei dieser von der uStA organisierten Diskussion zum § 218? Den Jugendlichen geht es doch darum, wie wir diesen Schandparagrafen zurückschlagen können! Er richtet sich vor allem gegen die jetzt arbeitslosen Frauen aus der DDR und Immigrantinnen, die kein



Spartakist

Geld für Abtreibungen haben. Die parlamentarischen „Kompromisse“ von SPD und PDS haben nichts anderes gebracht, als die Frauen zu beruhigen und von der Straße wegzuhalten. Damit haben sie den Weg geebnet für Karlsruhe.

Zu ihrem Glück wußte Limbach von selbst, daß sie sich an der Humboldt-Uni besser nicht blicken läßt. Ob sie nun wegen unseres Protestes nicht erschienen ist, jedenfalls wissen sie und ihresgleichen jetzt, daß antikommunistische Hexenjäger und Frauenfeinde hier ein „heißes Willkommen“ erwarten können.

Nach Nazi-Brandanschlag auf Info-Café und Kinosaal: Antifa-Protest der Spartakisten trotz AL-Präsidentin

Nach dem Mordbrand in Solingen haben Faschisten mit Brandanschlägen an der Humboldt-Uni in Berlin begonnen und das Info-Café und den Kinosaal der Hochschule niedergebrannt. Die Spartakisten organisierten am 6. Juli eine Protestkundgebung und riefen zu einer Einheitsfront der organisierten Uni-Arbeiter und aller antifaschistischen Gruppen und Studenten auf, um das blutige Gewerbe der Nazis zu stoppen. Das SpAD-Flugblatt stellte fest: „Gemeinsam mit ÖTV und GEW haben wir die Kraft, eingewanderte Studenten, linke Treffpunkte und Veranstaltungen zu verteidigen! Es ist notwendig, die soziale Macht der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, um die Mordzentralen der Nazis durch gezielte Arbeiteraktionen auseinanderzujagen!“

Als wir die unabhängige Studenten-Aktion (uStA) zu gemeinsamen Aktionen und zur Teilnahme an dem Antifa-Protest aufforderten, lehnte diese ab. Als ob Rostock, Mölln und Solingen nie passiert wären, organisierte die uStA eine Ausstellung von Nazi-Losungen aus Uni-Toiletten, um diese bei Kaffee und Kuchen zu „entlarven“. Doch

wie wir im Flugblatt schrieben: „Faschistischer Terror heißt Mord. Lichterketten und Kaffeekränzchen zur ‚Aufklärung‘ der Studenten ... werden die Nazis nicht stoppen.“

Am 6. Juli wurde dann selbst dieses Kaffeekränzchen von der AL-Unipräsidentin Marlis Dürkop verboten und auf die Straße vertrieben. Dürkop hat ihren Posten als direkte Gewinnerin der Stasi-Hexenjagd gegen den früheren Unipräsidenten Heinrich Fink ergattert. Die SpAD protestierte lautstark: „Verteidigt die reformistische uStA gegen die Grüne-Hexenjäger-Präsidentin!“ Die uStA-Aktivisten verzogen sich folgsam vor den Uni-Eingang und sammelten sich um ihr „anklägerisches“ Schild: „Dürkop steckt den Kopf in den Sand“. Die Spartakisten schlugen inzwischen gemeinsam mit Jugendlichen Dürkops Versuch zurück, auch noch den SpAD-Protest zu verbieten. In Sprechchören riefen wir: „ÖTV, GEW, Immigranten und Studenten: Zerschlagt die braune Nazi-Pest!“ Die Spartakist-Jugend kämpft dafür, die Studenten und Jugendlichen zum Programm der sozialistischen Revolution zu gewinnen, um die Nazi-Pest ein für alle Mal zu beseitigen. ■



dpa

GSG 9 und Stammheim: Schöpfung der SPD. SPD-Altkanzler Schmidt und Kohl belohnen GSG-9-Killertruppe mit Bundesverdienstkreuz

RAF...

Fortsetzung von Seite 1

beteiligt waren. Es sollte die zweite „Heldentat“ der GSG 9 nach Mogadischu werden. Diese von der SPD aufgebaute „Elite“-Mordeinheit, die die berüchtigten Todesschwadronen in der Türkei und in Lateinamerika trainiert, sollte jetzt demonstrativ den offenen Staatsterror zu Hause vorführen („Wir trainieren nahezu täglich den gezielten Todesschuß“ — *Bild am Sonntag*, 21. August 1988). Inzwischen gab es Berichte über eine Belohnung des V-Manns „Klaus“ durch 100 000 DM Kopfpromie, und Bundeskanzler Kohl kündigte einen Besuch zur Belobigung der GSG 9 an.

Wir fordern: Weg mit den „Antiterroristen“-Gesetzen und dem Mordparagrafen 129a — Weg mit GSG 9 und den anderen Mord-Einsatzkommandos!

Bad Kleinen war eine gezielte Lehre, die der kapitalistische Staat den Linken, Antifaschisten und allen erteilen will, die an Widerstand denken. Wolfgang Grams wurde keine einzige Tat vorgeworfen, allein die „Mitgliedschaft in

einer terroristischen Vereinigung“, und dies reicht der Bourgeoisie als Freibrief zum Töten. Nach seiner Hinrichtung setzte eine Verfolgungsjagd auf Linke und Immigranten ein, in Dortmund, Frankfurt und Wiesbaden wurden wahllos Wohnungen aufgebrochen und Leute verhaftet. Vom Bullenterror gegen Jugendliche in Connewitz bis zur Hetze auf türkische und kurdische Jugendliche in Solingen und zur Ermordung eines Rumänen auf dem Magdeburger Polizeirevier soll die Bevölkerung mit Polizeiterror, rassistischer Hetze und antikommunistischer Hexenjagd eingeschüchert werden.

Und es war auch die blutige Antwort auf die Forderung von Liberalen und Reformisten wie

der PDS, die an den „Rechtsstaat“ appellieren, die Nazis zu bekämpfen. Mit ihrem Ruf nach mehr Polizei (wie auch der Hetze gegen Hütchenspieler, Stichwort „Ausländerkriminalität“) wird die PDS beim neuen Innenminister Kanther, Mitglied der „Stahlhelm-Fraktion“ der CDU, noch mehr Gehör finden. Nach Seiters, unter dessen Aufsicht im letzten August der Rostocker Pogrompakt zwischen Nazis und Polizei geschlossen wurde, will Kanther jetzt eine Politik, „zu der die Republikaner ja sagen können“ (*Spiegel*, 12. Juli).

Nach der Zerstörung des Asylrechts und den Nazi-Morden in Mölln und Solingen, die von der Bonner Allparteienkoalition angeheizt wurden, wird der „starke Staat“ gerufen, der die geplanten massiven sozialen und ökonomischen Angriffe durchpeitschen soll. Doch dazu müßten sie erst den Widerstand der Arbeiter brechen. Beim kürzlichen Stahl- und Metallerstreik haben die ostdeutschen Arbeiter, trotz des Kahlschlags der Kapitalisten in der Ex-DDR, machtvoll ihre Kampfbereitschaft gezeigt. Und der ÖTV-Streik im Mai letzten Jahres hat Kohl eine direkte Ohrfeige verpaßt.

Jetzt tobt die SPD über die „Hilflosigkeit“ des Killer-Kommandos und fürchtet um das „Ansehen“ des Staatsapparats, während das Hausblatt des Ex-Bundeskanzlers Helmut Schmidt, *Die Zeit*, schreit: „Zehn Tage Innere Unsicherheit“. Die SPD fordert eine stärkere Verzahnung der einzelnen Bullenabteilungen, damit die Vertuschung in Zukunft koordinierter verläuft. Und die SPD weiß, wovon sie spricht: Unter ihrer Regierung wurden Stammheim gebaut, Isolationshaft und Kronzeugen-Regelung eingeführt, die Killertruppe GSG 9 geschaffen und Sondergesetze einschließlich Todesschuß verabschiedet. Unter der Regie der SPD startete der Vernichtungsfeldzug gegen die RAF: mehrmals lebenslänglich für diejenigen, die gefaßt wurden; polizeiliche Todesschüsse, durch die elf RAF-Unterstützer ermordet wurden; Ulrike Meinhof sowie Baader, Ensslin und Raspe starben durch mysteriösen „Selbstmord“ in ihren Gefängniszellen.

Die jetzige Verfolgungsjagd gegen die angebliche „dritte Generation“ der RAF richtet sich gegen das sogenannte Sympathisanten-Umfeld, in das Staatsanwälte und Bullen jeden einsortieren, der gegen diesen Staatsterror protestiert. Mit der Hetze über eine „RAF-Stasi-Connection“ wurde zeitgleich mit den antikommunistischen Hexenjagd-Prozessen eine neue Welle von „Terroristenprozessen“ ins Rollen gebracht — so sieht Kinkels „Verständigung“ in

Spartacist (deutsche Ausgabe)

Nr. 15, Frühjahr 1993 (64 Seiten), DM 2,—

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert *Spartacist* die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.

Bestellt bei: Postfach
51 06 55, 13366 Berlin
Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/
Main, BLZ 50010060



ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Kostenlose, qualifizierte Kinderversorgung für alle! Halle: Verteidigt die Kitas!

Gegen den massiven Protest von Eltern, Kindern und Gewerkschaftern beschlossen am 7. Juni die Stadtverordneten von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90 in Halle die Zerstörung von 80 Kindergärten, -krippen und -tagesstätten sowie 914 Arbeitsplätzen. SPD-Sozialstadtrat Guido Till, der das Kahlschlagkonzept durchrammte, meint, nach dieser „notwendigen Schließung“ gäbe es eine „100prozentige Bedarfsdeckung“.

Ja? Die zynischen Politiker des Kapitals sagen: Arbeitslose brauchen keine Kitas. Die Frauenarbeitslosigkeit in der Ex-DDR ist seit dem kapitalistischen Anschluß explodiert – von Null auf zwei Drittel der Arbeitslosen. Im deformierten Arbeiterstaat DDR bestand die doppelte Belastung durch Beruf und Hausarbeit zwar weiter. Doch auf dem vergesellschafteten Eigentum wurde ein System sozialer Einrichtungen aufgebaut, von der Krippe bis zum Babyjahr: Frauen konnten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und hatten weitgehende ökonomische Unabhängigkeit.

Die PDS, genau wie ihr Mentor SPD, hat jeden ernsthaften Widerstand auf das parlamentarische bzw. „verfassungsrechtliche“ Abstellgleis gelenkt. Ein schlechter Witz. Die Schwatzbude im Bonner Wasserwerk hat den § 218 verkauft mit dem faulen Versprechen von Kindertagesplätzen für alle (sofort danach als „unbezahlbar“ begraben) – und im Osten wurden Millionen davon zerstört. Die alten Männer in Karlsruhe erklärten im letzten Monat die Abtreibung für „rechtswidrig“ und schränkten die Kassenfinanzierung dieser einfachen medizinischen Maßnahme drastisch ein.

Die Spartakisten erklären: *Keine* Kindereinrichtung soll geschlossen werden! *Keine* Entlassungen! Wir fordern qualifizierte Einrichtungen zur Versorgung für alle Kinder rund um die Uhr, kontrolliert von den Eltern und dem Personal, finanziert vom Staat. Im Gegensatz zur DDR sind historisch im kapitalistischen Westdeutschland weniger als die Hälfte der Frauen berufstätig gewesen, und nur etwa fünf Prozent der Kinder dort haben einen Kita-Platz. Die Arbeiterbewegung muß dafür kämpfen und die Rechte der Frauen verteidigen! Der Kampf um Arbeitsplätze, Kinderver-

Wirklichkeit aus. Diese Prozesse sind so monströs, daß die IG-Medien-Jugend jetzt Beobachter zum Prozeß gegen Ingrid Jacobsmeier entsandt hat, der ausschließlich auf Kronzeugen-Aussagen beruht. Gleichzeitig ist es abstoßend, wie fast die gesamte Linke die Forderung nach Freilassung der RAF fallengelassen hat. Die PDS fordert sogar, daß die Bourgeoisie ihren Terror gegen die RAF auch gegen rechts einsetzen soll. Die Spartakist-Arbeiterpartei, und vorher die Trotzistische Liga, hat dagegen immer die RAF gegen die Repression des bürgerlichen Staats verteidigt. Spartakisten beteiligten sich am 10. Juli an der nationalen Protestdemonstration in Wiesbaden und forderten: „Freiheit für alle RAF-, alle linken und alle Antifa-Gefangenen!“, „Bourgeoisie von Auschwitz: Hände weg von Markus Wolf!“ und „Arbeiter/Immigranten: Zerschlagt die Nazi-Mörderbanden des Vierten Reichs!“

Die letzte spektakuläre Aktion, für die die RAF Verantwortung übernahm, war Ende März die Sprengung eines riesigen Gefängnis-Neubaus in Weiterstadt. Besonders in einer Situation, wo die Krankenhäuser der Ex-DDR zu Knästen umgebaut werden, traf dies durchaus auf Sympa-



Spartakist

Halle, 7. Juni: Protestdemo gegen Kita-Schließungen

sorgung und Abtreibungsrechte und gegen den tödlichen Abbau der medizinischen Versorgung der arbeitenden Bevölkerung ist ein Kampf, die Sache aller Werktätigen – in West und Ost!

Arbeiteraktionen können den Beschluß der Stadtverordneten in Halle zerreißen, wenn dieser Kampf an der Macht der Arbeiterbewegung im Westen anknüpft. So könnte er Teil der Mobilisierung der Arbeiter gegen Karenztage, den Abbau des Gesundheitswesens, Massenentlassungen und Nazi-Terror werden. Der Streik der Metaller im Osten gegen den Bruch des Tarifvertrags wurde von den Bürokraten ausverkauft, *als der Funke auf die Arbeiter im Westen übersprungen war*. Wir müssen einen harten politischen Kampf führen, um die sozialdemokratischen Verräter des DGB rauszuschmeißen – die Gewerkschaften gehören den Arbeitern! Wenn wir die Zukunft unserer Kinder sichern wollen, brauchen wir eine revolutionäre Führung, die alle Unterdrückten in Ost und West, Deutsche, Immigranten, Männer und Frauen, im Kampf gegen das Kapital vereinigt. ■

thie in der Bevölkerung. Davor wurden der RAF unter anderem die Anschläge auf Alfred Herrhausen (Deutsche Bank) und auf den verhaßten Treuhand-Chef Detlev Rohwedder zugeschrieben. Es ist in den Augen der Arbeiterklasse kein Verbrechen, Symbole und Vertreter des verbrecherischen Imperialismus anzugreifen! Als Marxisten lehnen wir die kleinbürgerliche Strategie des individuellen Terrors als Abkürzung gegenüber der notwendigen Aufgabe ab, die Arbeiterklasse zu mobilisieren und eine revolutionäre Partei aufzubauen. Doch die Verbrecher sind die Imperialisten, die Millionen Werktätige ins Elend stürzen, die die Roma und andere Flüchtlinge abschieben und Nazi-Brandanschläge auf Immigranten anheizen.

Der staatliche Terror richtet sich letztlich direkt gegen die Arbeiterbewegung. Nur die Mobilisierung der Arbeiterklasse, im gemeinsamen Kampf mit allen Unterdrückten, wird sowohl den Nazi-Terror stoppen als auch dem Klassenterror der Bourgeoisie durch die sozialistische Revolution ein Ende setzen! Die proletarische Justiz einer Arbeiterregierung wird Wolfgang Grams und alle Opfer des reaktionären Terrors rächen! ■

Wir gedenken unserer Genossin Elke

Am 19. Mai starb unsere Genossin Elke Pirdszun in Duisburg im Alter von 36 Jahren an Krebs. Am 12. Juni haben wir einen Kranz für sie an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde niedergelegt und anschließend eine Gedenkveranstaltung abgehalten. Diese Veranstaltung war ein sehr schmerzhafter Anlaß, aber eine Erfahrung, die unserer Organisation vertieftes Verständnis und Reife gebracht hat. Im Nachruf im Spartakist Nr. 104 (Juni 1993) haben wir eine erste Bilanz von Elkes Leben gezogen. Ihr Tod bedeutet einen großen Verlust für unsere Internationale. Elke war Internationalistin und Kommunistin bis zuletzt.

Elkes Freund Arno hat zusammen mit anderen Duisburger Freunden an der Gedenkveranstaltung in Berlin teilgenommen. Er bedankte sich bei den Genossen, die Elke bis zum Schluß betreut haben. Arno hob hervor, wie wichtig es für sie gewesen ist, als ihr die Ehrenmitgliedschaft in der SpAD angeboten wurde.

Er hat in dieser schweren Zeit auch von seinen Freunden und Arbeitskollegen sehr viel Unterstützung erfahren.

Nachfolgend drucken wir in leicht redigierter Form Auszüge aus Beiträgen auf der Gedenkveranstaltung ab.

Marianne: Arno hat uns gesagt, Elke hatte drei Teile ihres Lebens: Es gab die Partei, „ihr Lebenswerk“; es gab Elkes Leben mit Arno; und es gab ihre engen, langjährigen Freunde und ihre Familie. Diese drei Seiten von Elkes Leben waren voneinander getrennt. Das war teilweise Elke, denn das war teilweise, wie sie sich selbst schützte. Aber wie viel davon waren wir? Während der Woche, die David und ich dort verbrachten, haben wir viel mit ihren Freunden, mit Arno und mit ihrer Familie geredet, und wir haben viel von ihnen gelernt; wir haben jetzt eine tiefe Bindung an einen ganzen Kreis von Menschen geschaffen. Auf eine Weise haben wir Elke wirklich erst durch ihren Tod wirklich kennengelernt, begonnen zu verstehen, wie diese drei Seiten zusammenhängen. Und das ist eine Lehre für uns alle, die Zeit zu nehmen, den ganzen Menschen kennenzulernen. Jetzt sind wir ins Ruhrgebiet gegangen, wo solche Loyalität und solche Bindungen unter Arbeiterfamilien sehr wichtig sind.

Dabei denke ich an den Spruch: „Sag mir, wer deine Freunde sind, und ich sage dir, wer du bist.“ Wie jemand in Duisburg sagte: „Elke war *nur* menschlich.“ Für eine wirklich humane Gesellschaft hat sie gekämpft, und nur solche Menschen konnte sie um sich leiden. Es war für uns sehr wichtig zu sehen, daß sie bis zuletzt solche Menschen um sich hatte, die ihr jede Unterstützung, all ihre Liebe, unzählige Stunden hergaben, damit sie jeden Tag richtig leben konnte.

Elke hat wegen der Medikamente viel geschlafen, als wir



Spartakist

Frühjahr 1981: Elke verkauft Spartacist

da waren. Aber von Zeit zu Zeit konnten wir mit ihr kurz reden. Die Genossen waren gerade an dem Dienstag in Düsseldorf gewesen, wo wir vor dem Oberlandesgericht Markus Wolf verteidigten. Es hatte gerade die Proteste in Neuengamme gegeben, gegen die Massenabschiebung der Roma und Sinti. Und Renate war auch gerade von ihrer Reise durch unsere europäischen Sektionen zurückgekommen, wo sie eine ganze Reihe Veranstaltungen gemacht hatte. Wir haben Elke darüber einen kurzen Bericht geben können. Genau so eine Partei mochte sie – sie schwimmt gegen den Strom, sie fordert diese aufgeblähte Bourgeoisie von Auschwitz direkt heraus, und sie arbeitet hart, eine neue Generation von jungen Kämpfern zu gewinnen. Für Elke ging es wirklich um Menschenliebe und Klassenhaß.

Aus einem Brief von Mick (London) vom 8. Juni, der verlesen wurde: Ich traf Ge-

nossin Elke das erste Mal Anfang 1986. Sie kam nach Britannien, ziemlich traurig darüber, Italien zu verlassen. Während ihrer Zeit dort war sie eine zentrale Führerin unserer dortigen Sektion gewesen. Diese Rolle in einem Land wie Italien zu erfüllen spricht für eine Frau, um so mehr für eine Ausländerin, sowohl für Elkes persönliche Begabungen als kommunistische Führerin wie auch für die Partei, der sie sich anschloß und einen großen Teil ihres Lebens widmete.

In Britannien hat man ihre Präsenz sofort gespürt. Sie wurde Londoner Organisatorin, was eine *sehr* anspruchsvolle Position in unserer Organisation ist, und ich glaube, sie füllte diese Rolle mit all ihrer Begabung aus. Zu der Zeit war ich Verkaufsleiter, was in unserer Partei oft als Ausbildung zum Organisator oder als dessen Assistent dient. Ich sehe darin eine der politisch lohnendsten und am meisten schulenden Erfahrungen, die ich in unserer Organisation gehabt hatte, und das schulde ich Elke.

Elke hatte einen messerscharfen Verstand. Einmal machten wir eine Intervention gegen die britischen Lambertisten. Pierre Broué sprach bei einer Veranstaltung, organisiert von John Archer, und wir wurden dabei ausgeschlossen. Ich debattierte mit einem jungen Typen, dem der Job gegeben worden war, uns aus der Veranstaltung rauszuhalten, und er jammerte, daß er nur ausführte, was ihm aufgetragen worden war. Elke setzte den dicksten deutschen Akzent auf und sagte zu diesem belagerten Typen: „Also, du folgst nur den Befehlen, ja?“ Viele Genossen könnten Geschichten über ihre Intelligenz und ihre Schlagfertigkeit erzählen. Doch ich denke, daß sie sich selbst wirklich unterschätzt hat.

Manchmal bekam sie Ärger. Sie lachte, als sie mir erzählte, daß sie bei ihrer Ankunft in England den Taxifahrer unter Druck gesetzt hat, weil er sagte: „Wo willst Du hin,

Liebe?“ Tatsächlich ist dies eine ziemlich harmlose Anrede in England, aber dieser Taxifahrer wußte wahrscheinlich nicht, was ihm geschah.

Es paßt zu ihr, daß sie wieder Mitglied unserer Partei wurde, bevor sie starb. Ich denke, daß sie wirklich dahin gehörte.

* * * * *

Renate: Elke kam mit 17 Jahren in Kontakt mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands, bevor wir die Spartakist-Arbeiterpartei waren. Als Elke eintrat, war es gerade die Zeit der Niederlage der portugiesischen Revolution und der Beginn des Deutschen Herbstes. Der Deutsche Herbst bedeutete, daß eine wütende Hexenjagd gegen die Linke, gegen Mitglieder der Roten Armee Fraktion stattfand. Unsere Organisation, klein wie sie war, mußte hervorstechen mit den Artikeln zur Verteidigung der Roten Armee Fraktion und stand einzigartig da in der Linken. Das war ein Teil des Trainings, das Elke hatte, daß sie gerade in dieser Zeit nach außen ging und unsere Organisation vertrat.

Sie war ein großes Vorbild für die ganze Reihe von jungen Frauen, die wir in dieser Zeit rekrutiert haben, vor allen Dingen in der Periode 78/79 über die Fragen Iran und Afghanistan. Die internationale Spartacist Tendenz hatte gegen die Linke zu kämpfen, die meinte, daß es doch anti-imperialistisch sei, wenn Frauen Schleier tragen, und daß man doch den Mullahs hinterherlaufen muß. Unsere Organisation hat für eine Arbeiterperspektive im Iran gekämpft. Als die Rote Armee in Afghanistan einmarschierte, haben wir die Situation der Frauen zum Maßstab genommen, um eine Klassenposition zu beziehen.

Elke war jemand, die sehr ruhig war. Es gab die Aktivisten unter den Genossen, die vorsehen wollten, und Elke hat erst mal gesagt: Halt mal, warum wollen wir das jetzt tun? Wie ist das vorbereitet? Sie hatte sehr schnell eine wirkliche Kaderfunktion in der Auseinandersetzung nach außen entwickelt, indem sie die Genossen in die Intervention begleitete und ermutigte, diese Intervention zu machen.

Die wesentlichen Auseinandersetzungen in den 80er Jahren waren über die russische Frage in Deutschland. Und da war die Rolle von Elke in unserer Organisation zentral. Wir waren mit der Unterstützung der gesamten Linken für die klerikale antisemitische Solidarität konfrontiert. Das heißt, auch in diesem Fall stand unsere Organisation allein in Verteidigung des Arbeiterstaates Polen.

Das hat viel Unruhe in unsere Organisation gebracht. In diesen Auseinandersetzungen hat sich Elke vor allem an die Erfahrung und Diskussion der internationalen Organisation angeschlossen, um unsere Sektion zu bewaffnen. So hat sie nach unserer Konferenz, wo wir gegen eine sozialdemokratische Opposition kämpfen mußten, überall Schulungen durchgeführt und den *Workers-Vanguard*-Artikel „Polen: Was nun?“ (siehe *Spartakist* Nr. 43, April 1982) erklärt.

Entscheidend neben der Verteidigung des Arbeiterstaates Polen war der Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie und deren Einfluß in der Linken, nämlich den Nationalismus in linken Farben. Als Bitburg 1985 passierte und die deutsche Sektion nicht hingegangen ist, gegen die Hoch-

jubelung der SS-Gräber durch Reagan und Kohl zu protestieren, da war Elke schon in einer anderen Sektion. Aber sie verstand die Auseinandersetzung mit den deutschen Genossen sofort, wie sehr sie vom deutschen Nationalismus gebunden waren und wie entscheidend es ist, ins Ausland zu gehen, Deutschland von außen zu sehen, mit den Sektionen in anderen Ländern zu arbeiten und zu kämpfen, und daß diese Sektion studieren mußte, was überhaupt los ist in diesem Land. Das ist wichtig, wenn man das Leben von Elke ansieht.

Elke hat mehr als die Hälfte ihres Lebens dafür verbracht, daß die Partei der Russischen Revolution zum Sieg kommt. Sie wollte immer eine Partei des Sieges. Das ist die Verpflichtung in ihrem Angedenken und das beste Vermächtnis, was man über einen Genossen sagen kann: daß er wollte, daß seine Partei siegt.

* * * * *

Jana: Ich habe Elke vor ungefähr einem Jahr kennengelernt, zu der Zeit, als der ÖTV-Streik gewesen ist. Die Partei intervenierte auch für die Ausweitung des Streiks, Ost und West. Einige Genossen sind ins Ruhrgebiet gefahren, wo wir bei Elke gewohnt haben. Welche politische Rolle Elke gespielt hat, habe ich eigentlich erst kennengelernt, als wir eine Veranstaltung im Ruhrgebiet hatten, zu der viele gekommen sind. Einige von ihnen sind aufgestanden und haben antisowjetische Äußerungen gemacht und solche gegen die Gewerkschaften.

Elke ist fast bis zum Schluß der Veranstaltung ganz ruhig, hörte sich alles an, und ziemlich zum Schluß stand sie auf und hat vielleicht für fünf Minuten eine Rede gehalten. Aber dieses wenige, das sie gesagt hat, war so scharf,



Beispiele von Elkes Arbeit auf Gedenkveranstaltung

Spartakist

erklärte mehr als mein Referat und alles zusammen. Aber es war unser Programm, unser Kampf, das Elke so klar herausgebracht hatte.

Elke stand auf und erklärte, warum ist es notwendig, die Sowjetunion zu verteidigen, warum ist es notwendig, die Arbeiterstaaten zu verteidigen.

* * * * *

David: Elke war eine besondere Freundin von mir. Ich glaube, daß diese Empfindung gegenseitig war. Diese Freundschaft war eine der besten Sachen, die in meinem Leben passiert ist.

Fortgesetzt auf Seite 10

Elke...

Fortsetzung von Seite 9

Elke war eine sehr schöne Frau. Ich denke, daß die Überschneidung von Frauenunterdrückung und ihrer großen Schönheit etwas mit der persönlichen Qual, die sie in ihrem Leben erlitt, zu tun hatte. So daß in ein oder zwei Beziehungen, die sie hatte, die Männer sie zu sehr als ein Schmuckstück betrachteten. Und genau das war sie nicht. Eine der schönsten Sachen, die ich über ihr Leben weiß, ist, daß sie in den letzten zwei oder drei Jahren ihres Lebens einen Lebensgefährten hatte, der zu ihr wirklich gut war, und das war Arno.

Aber ich will klar sagen: Elke war das, was man einen harten Fall nennt. Glühend unabhängig, schwierig, mürrisch. Sie konnte dir den Kopf abbeißen ohne viel Vorwarnung. Zu meinen Erinnerungen an sie gehört, herumzusitzen, zu viel zu trinken und Lieder von Tina Turner anzuhören. Lieder wie: „Was hat Liebe damit zu tun?“, „Du mußt gut zu mir sein“, „Typisch Mann“.

Eine der Sachen mit ihrem Tod war, daß wir gehofft haben, daß sie eine sehr wichtige Rolle spielen würde in der Etablierung und Entwicklung unserer Arbeit im Ruhrgebiet. Ich kannte Elke viele Jahre. Aber wir sind richtig Freunde geworden erst in den letzten sechs oder sieben Jahren. Auf eine Weise erscheint das recht merkwürdig, weil sie während eines Großteils dieser Zeit außerhalb der Partei war. Eine Sache, die sie mir sagte, und ich denke, sie sagte das auch anderen Genossen, war, daß die Partei zu verlassen praktisch der größte Fehler ihres Lebens war. Revolutionär zu sein verlangt viel.

Ich denke, sie verstand auch, daß das Leben außerhalb der Partei und eine solche Isolierung die Dinge viel schwieriger machten. So war sie z. B. zur Zeit der großen historischen Ereignisse der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands sehr beunruhigt und machte sich Sorgen; sie hatte eine Reihe von Fragen, die sie durcharbeiten und durchdenken mußte. Ein Teil dieser Diskussionen hatte zu tun mit der Frage der historischen Perspektive und der theoretischen Überzeugung. Ich denke letztendlich, daß sie beides besaß.

Sie kam im Februar nach London. Ich besuchte sie und Arno Anfang Mai. Ich war, wie andere auch, überrascht, wie schnell es mit ihr zu Ende ging. Ich denke, ich verstehe jetzt teilweise, warum ich überrascht war, weil sie bis ganz zuletzt gekämpft hat. Und sie war entschlossen, so viel wie möglich ein normales und aktives Leben zu führen. Wir haben im Mai viel Spaß gehabt. Sie kämpfte bis zum Schluß.

Im Mai saßen wir beim Frühstück, und sie war wütend. Sie sagte: „Ich bin zu jung“, und sie weinte ungefähr 30 Sekunden lang. Und dann sprachen wir über ihre Situation. Sie sagte, am Anfang, als sie erfahren hatte, daß sie Krebs hat, habe sie viele medizinische Fachzeitschriften gelesen. Und sie sagte, nach einer Weile habe sie damit aufgehört, weil sie wußte, was alles gegen sie sprach, und es gab keinen Sinn darin, sich mit diesen genauen medizinischen Dingen zu befassen.

Das einzige, was mir einfiel, war eine britische militärische Analogie, die ich ihr anbot. Du bist ein englischer Soldat an der Somme 1916. Nun, natürlich betrachten wir das, was zwischen Deutschland und Britannien passierte, als ein imperialistisches Gemetzel, in welchem keine Seite unterstützt werden konnte, ein großes blutiges Verbrechen aller Imperialisten. Aber du bist jemand in einem Regiment, und man hat dir gesagt, du sollst raus gehen aus dem Schützengraben und gegen das Maschinengewehrfeuer laufen. Wenn du herumsitzt und darüber nachdenkst, denkst du: Ich werde mit 98 Prozent Sicherheit sterben. In so einer Situation muß du entscheiden, wenn du etwas tust, wovon

du überzeugt bist: Ich ziele auf die 2-Prozent-Chance, ich werde ums Leben weiterkämpfen. Du schaltest das Urteilsvermögen sozusagen aus, und du machst es. Ich denke, das war Teil von Elkes Einstellung, sie kämpfte um jede Möglichkeit, zu leben und weiterhin Kommunist zu sein und ihr Leben mit Arno zu teilen und ihr Leben mit ihrer Familie zu teilen.

Es gibt noch etwas über Elke. Der Ausdruck ist, glaube ich, etwas altmodisch. Und das ist der Ausdruck, daß sie eine Arbeiter-Intellektuelle war. Die Partei hat jetzt ihre Bücher. Ich wollte etwas über diese Bibliothek sagen, weil sie etwas zeigt. Zuerst gibt es eine solide Sammlung marxistischer Klassiker. Aber es gibt ein ganzes Spektrum anderer Bücher, das eine tiefe Menschlichkeit zeigt und ein lebendiges Interesse an der Welt, wie sie sich entwickelt hat, als sie lebte. Bücher über die Evolution, über die Naturgeschichte, Bücher über Italien, eine Menge Bücher über die jüdische Frage, über die Schwarzenfrage in den Vereinigten Staaten, breit gefächerte Klassiker der deutschen Belletristik. Das alles in wenigstens drei Sprachen. Wir werden diese Bibliothek bewahren entsprechend ihrem Wunsch, damit sie benutzt wird, um neue Kommunisten zu trainieren.

* * * * *

Carola: Wegen Rostock ist Elke nach Hamburg gekommen und wollte unbedingt an der Demonstration zum Protest dagegen teilnehmen, trotz einer Bronchitis, wie sie meinte. Das hat sie nicht davon abgehalten. In Bad Doberan ist die Polizei so massiv und in Kampfausrüstung da gewesen und hat versucht, den großen Teil Immigranten, die da waren, zu terrorisieren. Als wir aus dem Bus ausgestiegen sind – wir hatten Plakate mit –, da nahm sie sich das Plakat: „Gegen die rassistische Volksfront von CDU/SPD/Grünen/PDS“. Und nachher erzählte sie mir, sie hat dieses Plakat genommen, damit sie Diskussionen führen konnte um die wichtigste Frage, die es gibt, wie man gegen die Faschisten kämpft.

Ein paar Wochen später sagte sie: O.K., wir haben seit langer Zeit diskutiert, Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, die Faschisten zu stoppen. Hier im Ruhrgebiet ist das *real*, die Arbeiter tun sich zusammen, um zu verhindern, daß Immigranten überfallen werden. Und wenn es mir ein bißchen besser geht, dann gehe ich zu den Flüchtlingsschiffen am Rhein, wo es gerade eine gewerkschaftliche Mobilisierung gibt, die zu schützen. Und ich glaube, in diesem Sinne sollten wir weiter kämpfen, im Sinne von Elke und was sie beigetragen hat, die Faschisten zu stoppen und die Situation der Menschheit zu ändern.

* * * * *

Reinhard: Außer in Rostock, wo ich sie ganz kurz gesehen habe, habe ich Elke erst im Februar/Anfang März kennengelernt, als ich eine Woche im Ruhrgebiet war. Ich war überrascht gewesen, als Elke dann an die Genossen in Halle ein Buch von Richard Wright über die Situation in den USA in den 30er Jahren geschickt hat. Ich habe überlegt, warum gerade wir in Halle dieses Buch bekommen, warum sie es mir geschickt hat. Und es fiel mir ein, wir hatten in der kurzen Zeit, wo wir diskutieren konnten, auch über die USA gesprochen und die Schwarzenfrage. Viel Wissen fehlt auch.

Ich denke, das hat Elke ausgezeichnet, daß sie die Menschen sehr genau einschätzen konnte, mit denen sie zu tun hatte. Ich denke, das ist ein Punkt, den man annehmen muß, gerade für uns als Partei, wenn wir mit neuen Kontakten in Berührung kommen, auf diese Leute direkt einzugehen.

Wir haben jetzt eine Station im Ruhrgebiet. Ohne diese Unterstützung von Elke und von Arno vor allen Dingen wäre es nicht so schnell gegangen, und es wäre wesentlich schwieriger gewesen, Fuß zu fassen. ■

Somalia...

Fortsetzung von Seite 1

gegen die Imperialisten halten. Mit dem Zerfall der Sowjetunion ist Somalia zum Schauplatz von kolonialistischen Beutezügen imperialistischer Gernegroße und kleiner Mussolinis geworden, ein Ergebnis der imperialistischen „Neuen Weltunordnung“. Jetzt gibt es Spannungen zwischen den italienischen Generalen, die das „friedliche“ UN-Mandat wiederherstellen und sich bei der Bevölkerung beliebt machen wollen, und den amerikanischen Imperialisten, die als Hauptziel ihrer Aktivitäten zur Jagd auf General Aidid blasen. Heute spiegelt Somalia die Agonie eines gesamten Kontinentes wider, wo für die Massen das Leben einer Todesspirale zur Hölle gleicht.

Der Sieg der Oktoberrevolution unter Lenin und Trotzki Ende des Ersten Weltkriegs entfesselte einen mächtigen Aufruhr der unterdrückten kolonialen Massen. Im Zweiten Weltkrieg ermutigte die Zerschlagung der Nazibarbarei durch die Rote Armee den Kampf für Unabhängigkeit in den kolonialen Ländern, trotz Stalins Dogma vom „Sozialismus in einem Land“. Aber weil der Kampf nicht zur sozialen Revolution führte, blieb die Befreiung vom imperialistischen Joch in Afrika formal, die wirtschaftliche Ausplünderung und damit politische Unterordnung ging weiter. Mit dem Untergang der Sowjetunion gibt es jetzt kein Gegengewicht mehr, so daß die Imperialisten auftrumpfen und denken, daß sie machen können, was sie wollen.

Mehr als zwei Jahrzehnte konnte das somalische Regime von Mohammed Siad Barre mit Waffenunterstützung seine „Ordnung“ aufrechterhalten. Dazu trug auch die deutsche Regierung bei, seit die GSG-9-Todesschwadron 1977 in Mogadischu blutig wütete. Der heutige Chef der Bundeswehr-Einsatztruppe Jürgen Eigenbrod war als Militärattaché an der deutschen Botschaft in Khartum auch zuständig für die militärische Betreuung Somalias. Das neue Afrikakorps des Vierten Reichs löst die für ihren rechten Terror bekannt gewordenen kanadischen Truppen ab, die Belet Huen durch kaltblütige Morde an unbewaffneten Somalis „befriedeten“.

Als die SPD am Vorabend des Rostocker Pogroms mit den Petersberger Beschlüssen entschied, das Asylrecht abzuschaffen, stimmte sie gleichzeitig für „friedenserhaltende“ Bundeswehreinätze. Alles, was die SPD möchte, sind ein paar Verfassungsänderungen und ein bißchen „Mitbestimmungsrecht“ bei den Einsatzbefehlen. Der Unterschied zwischen SPD und CDU ist der, daß die SPD für die Bundeswehreinätze erst einen Konsensus in der Bevölkerung erreichen will, während die CDU diesen durch die Einsätze selbst durchsetzen will. In Somalia wurden Zehntausende durch umherziehende Banden ermordet, Hunderttausende sind von ihrem Land vertrieben worden und zu Flüchtlingen geworden. Jetzt, wo es „unsere Jungs“ treffen könnte, rasoniert die SPD. In der Tat, Garantien, daß dieses Mal das Afrikakorps siegt, wird es nicht geben. Es gibt kein Zurück nach Deutsch-Südwest.

Bereits Anfang der 80er Jahre zeigten wir den nationalistischen Charakter der deutschen „Friedens“bewegung auf, die ein Ausdruck des Großmachtstrebens der gestärkten deutschen Bourgeoisie und ihres Drangs nach Osten war. Am Vorabend des UN/NATO-Massakers im Irak war ihre

Parole „Kein Blut für Öl“ – was sie meinten, war „kein deutsches Blut“. Wenn die Bundeswehr wirklich zum Einsatz kommt, ist von der „Friedens“bewegung nichts mehr zu sehen. Jetzt reden sie einem pazifistischen Imperialismus das Wort, als hätte es den Kolonialismus mit Schwert und Bibel nie gegeben (wenn sie nicht, wie Gremliza im Golfkrieg und Cohn-Bendits Anhänger in bezug auf den Balkan, zu offenen Kriegshetzern geworden sind).

So gaukelt die PDS die Vision eines menschlichen Antlitzes der Bourgeoisie von Auschwitz vor mit ihrer Forderung, daß die Soldaten besser „in Somalia zum Aufbau des



Agence France/Presse

Mogadischu: UN-„Friedenstruppen“ schießen somalische Demonstranten nieder

Landes beitragen“ sollten. Und die MLPD fordert gar eine „Demokratisierung der UNO“. Etwa durch Sitze von BRD und Japan im Sicherheitsrat? Von Korea über Kongo bis zum Balkan agierte die UNO immer als Tarnorganisation für imperialistischen Krieg.

Der Bund Sozialistischer Arbeiter, der von Afghanistan bis Polen und DDR fest auf der Seite der Imperialisten gegen die Sowjetunion stand, beklagt jetzt: „Wäre es der UNO und den in ihr tonangebenden Regierungen wirklich darum gegangen, Menschen vor dem Verhungern zu retten, es hätte keinen Mangel an friedlichen Möglichkeiten gegeben“ (*Neue Arbeiterpresse*, 18. Juni). Aber die vom BSA ersehnten „Hilfsprogramme“ waren nur Startkapital für den heutigen Krieg gegen die Somalis, wie vorher christliche Missionare dem Kolonialismus dienten.

Hungersnot ist kein „Akt Gottes“. Der Grund für Hunger in Afrika ist die brutale Ausbeutung des Kontinents durch die Imperialisten. Deshalb wird die Bevölkerung nicht mit Nahrung „versorgt“, sondern Nahrung und ihre Verteilung selbst werden zur Waffe der Banken und der jeweiligen Klan-Chefs. Als der Sudan in den 70er Jahren versuchte, die Baumwoll-Pflanzungen in der bewässerten Region von Gazeira durch Getreide- und Nahrungsmittelfelder zu ersetzen, wurde dies vom IWF und der Weltbank verboten. Es sind die imperialistischen Herrscher, die den unterdrückten Ländern die Hungersnot aufzwingen.

Solange Kapitalismus existiert, wird er die Geißel der Hungersnot reproduzieren. Das Schicksal der Massen in Somalia und in ganz Afrika ist eng verbunden mit der Perspektive der permanenten Revolution. Schlüssel dafür sind die schweren Bataillone der kämpferischen schwarzen Arbeiterklasse in Südafrika, die in Verbindung mit der Arbeiterrevolution in den imperialistischen Ländern endgültig mit Hunger und Elend Schluß machen werden. ■

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen Spartakist und Women and Revolution (USA)



Von Ostberlin bis Taschkent: Kapitalistische Konterrevolution trampelt auf den Frauen herum

Der folgende Artikel ist aus Women and Revolution Nr. 42, Frühjahr/Sommer 1993, übersetzt. Women and Revolution, Organ der Kommission des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S. für Arbeit unter Frauen, dient auch als eine Zeitschrift der ganzen Internationalen Kommunistischen Liga, indem es Artikel aus allen nationalen Sektionen veröffentlicht. Der erste Teil dieses Artikels wurde in Spartakist Nr. 104, Juni 1993, veröffentlicht.

Teil zwei von zwei

Die bolschewistische Revolution von 1917 – der größte Sieg für das Proletariat in der Weltgeschichte – hatte stolz die Befreiung der Frau auf ihr Banner geschrieben. Die frühe Sowjetregierung Lenins und Trotzki gab die Schei-



Gustav Kluzis

Sowjetisches Plakat 1927 ehrt Facharbeiterinnen. Stalinisten verherrlichten später die „sozialistische Familie“

dung frei und machte sie leicht zugänglich; schaffte Diskriminierung gegen unehelich geborene Kinder ab; richtete kostenlose kommunale Kindertagesstätten ein; führte mit einem Dekret gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein; schuf das Recht auf kostenlose Abtreibung auf Wunsch; und Tausende Schulen ließen zum ersten Mal Frauen zu, mit dem Grundsatz, sie besonders zu fördern. In Zentralasien und Aserbaidschan gab es heroische Anstrengungen – was viele kommunistische Aktivistinnen das Leben kostete –, die Frauen aus der Versklavung der traditionellen islamischen Gesellschaft zu befreien.

Frauen in der Sowjetunion von Stalin bis Breschnjew

Die Usurpation der Macht Mitte der 20er Jahre durch eine parasitäre Bürokratie unter J. W. Stalin – eine politische Konterrevolution, die letztendlich den Druck des Weltkapitalismus auf den isolierten sowjetischen Arbeiterstaat widerspiegelte – führte bald zu einem entscheidenden Schritt *rückwärts* für die Frauen. Es gab eine allumfassende Offensive, um die Familienstrukturen, die auf der Unterordnung der Frau beruhten, wiederherzustellen. 1934 wurde die Frauensektion der Partei abgeschafft, und alle Frauenmassenorganisationen wurden aufgelöst (mit der bezeichnenden Ausnahme der zentralasiatischen Republiken). Unmittelbar danach kam die Illegalisierung der Abtreibung, und Scheidungen wurden praktisch unmöglich gemacht, begleitet von einer Propaganda-Offensive, die die „sozialistische Familie“ heiligsprach. Wie Trotzki damals in *Verratene Revolution* schrieb: „Unterdessen wird die Ehe- und Familiengesetzgebung der Oktoberrevolution, eine Errungenschaft, auf die man einst mit Fug und Recht stolz war, durch umfassende Anleihen aus den Gesetzbüchern der bürgerlichen Länder umgestaltet und entstellt.“

Trotzdem vertrat Trotzki den Standpunkt, daß solche Anleihen die Sowjetunion nicht zu einem bürgerlichen Staat machten. Während der 30er Jahre und später war es für Liberale und Sozialdemokraten üblich, Stalins Rußland mit Hitlers Deutschland unter der Pauschalkategorie „totalitärer Polizeistaat“ gleichzusetzen und damit die jeweilige höchst unterschiedliche soziale Basis zu ignorieren. Aber die Position der Frauen in diesen beiden Gesellschaften war grundlegend und offensichtlich unterschiedlich.

Das Nazi-Regime zwang den deutschen Frauen ein Leben für „Kinder, Küche, Kirche“ auf. Selbst während der aufs äußerste zugespitzten Situation im Zweiten Weltkrieg wurden die deutschen Frauen nicht in die Fabriken einbezogen, teilweise aus Angst, die arische Mutterschaft würde durch den Kontakt mit ausländischen Zwangsarbeitern, hauptsächlich Slawen, „verunreinigt“. Ein führender Wirtschaftshistoriker des Zweiten Weltkriegs hat geschrieben:

„Deutschland war die einzige Ausnahme von der Regel, daß der Krieg einen großen Anstieg der Beschäftigung

von Frauen mit sich brachte... Trotz der unersättlichen Nachfrage nach Arbeitskräften in Deutschland verhinderten die sozialen Vorstellungen der Nationalsozialistischen Partei jede weitergehende Mobilisierung der Frauen. Weil Rasse und Blut bei der Schaffung der neuen Gesellschaft den höchsten Wert hatten, war die Kinderaufzucht lebenswichtig.“ (Alan S. Milward, *War, Economy and Society 1939–1945* [Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939–1945], 1979)

Die Bedingungen für sowjetische Frauen waren denen ihrer deutschen Schwestern diametral entgegengesetzt. Die ersten Fünfjahrespläne, die die UdSSR von einem weitgehend bäuerlichen Land in eine Industriemacht verwandelten, mobilisierten Frauen in großer Zahl und hätten ohne sie auch keinen Erfolg haben können. Die Zahl der Arbeiterinnen stieg um mehr als das Vierfache zwischen 1928 und 1940, von weniger als 3 Millionen auf mehr als 13 Millionen. Dieser Trend beschleunigte sich noch während des Krieges, als Frauen die Männer ersetzten, die an die Front gingen. 1942 waren ein Drittel aller Dreher, 40 Prozent aller Hafentarbeiter und beinahe die Hälfte der Traktorfahrer auf Kolchosen Frauen.

Mehr noch, sowjetische Frauen nahmen auch am Kampf teil, ein integraler Bestandteil der Massenmobilisierung der gesamten Bevölkerung gegen die Nazi-Invasion ihres Landes im Zweiten Weltkrieg. Sowjetische Pilotinnen, die ersten Frauen in der Geschichte, die Kampfeinsätze flogen, waren in drei Frauen-Luftkampfregimentern organisiert und wurden von den Nazitruppen, die ihre Nachteinsätze fürchteten, die „Nacht-hexen“ genannt.

Nach dem Sieg der Roten Armee über die Naziwehrmacht ging Stalin daran, wieder eine patriarchalisierende Ordnung herzustellen. Eine hohe Geburtenrate wurde als Priorität angesehen, um die schrecklichen Bevölkerungsverluste des Krieges auszugleichen. 1944 wurde die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen abgeschafft und durch nach Geschlechtern getrennte Schulen ersetzt. Diese Maßnahme war nicht nur sozial reaktionär, sie verzögerte auch die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft, denn diese Generation junger Frauen erhielt eine schlechtere Ausbildung als ihre männlichen Kollegen.

Die Stellung der Frau in Stalins Rußland drückte ganz klar dessen widersprüchliche Natur als ein bürokratisch degenerierter Arbeiterstaat aus. Reaktionäre Gesetze, deren Ziel es war, die Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter zu erzwingen, koexistierten mit dem weltweit höchsten Anteil von Frauen an der arbeitenden Bevölkerung. Neben der Glorifizierung der „sozialistischen Familie“ wurde die Gleichheit von Mann und Frau verkündet, gestützt auf die Prinzipien von Marx und Lenin. Diese Widersprüche sollten es den sowjetischen Frauen ermöglichen, bedeutsame Errungenschaften zu erreichen, als sich die politische Situation nach Stalins Tod 1953 änderte.

Stalins Nachfolger und Erben im Kreml fürchteten einen Aufstand in der Bevölkerung, wie den, der 1953 Ostdeutschland erschüttert hatte. Eine ihrer ersten Maßnahmen war die Verkündung eines „Neuen Kurses“, der durch ein rasches Ansteigen der Verfügbarkeit von Konsumgütern gekennzeichnet war. Um jedoch einen steigenden Lebensstandard für die sowjetischen Massen beibehalten zu können, war ein Anstieg der wirtschaftlichen Produktivität und



Karte: Women and Revolution

ein effizienterer Einsatz der Arbeitskräfte nötig.

Die Frauen waren das größte Arbeitskräftereservoir für Fachkräfte, weil die produktivsten Generationen von Männern im Krieg mit Nazi-Deutschland dezimiert worden waren. 1955 wurde nicht nur die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen wieder eingeführt, es wurden auch große Anstrengungen unternommen, um Frauen zu Facharbeiterinnen und Technikerinnen und auch für andere Berufe auszubilden. Um Frauen zu ermutigen, die Zeit und Energie aufzubringen, die notwendig ist, um sich diese neuen Fähigkeiten anzueignen, wurde das Kinderkriegen weniger betont.

So wurde auch die Abtreibung 1955 wieder legalisiert. Die offizielle Begründung war, illegale und gefährliche Abtreibungen auszuschließen, nicht die Anerkennung des Rechts der Frau, selbst zu entscheiden, ob sie ein Kind haben will oder nicht. Es war unter sowjetischen Frauen weit verbreitet, in illegalen Abtreibungen einen Ausweg zu suchen, dies hatte sich zu einer Form von Widerstand gegen den stalinistischen Totalitarismus ausgewachsen und zwang schließlich die Bürokratie dazu, eine besonders repressive Politik aufzugeben.

Das neue Kreml-Regime, das sich Mitte der 50er Jahre um Nikita Chruschtschow konsolidierte, suchte Unterstützung und moralische Autorität in der Bevölkerung zu gewinnen durch das Versprechen, die Regierung und herrschende Partei der Sowjetunion werde sich in Zukunft an die von ihr verkündeten sozialistischen Prinzipien halten, einschließlich der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Es wurden Anstrengungen unternommen zu demonstrieren, daß die sowjetischen Frauen in allen Bereichen den Männern gleichgestellt waren. 1963 bekam die Kosmonautin Walentina Tereschkowa weltweiten Beifall für ihren

Fortgesetzt auf Seite 14

Frauen...

Fortsetzung von Seite 13

bahnbrechenden Weltraumflug zu einer Zeit, als die amerikanischen Astronauten alle Scott, Neil und Gus hießen. Die Chruschtschow-Ära ließ auch antireligiöse Kampagnen wieder aufleben, die in den traditionell moslemischen Gebieten Sowjet-Zentralasiens direkten Bezug zum weiterhin schwierigen Kampf für die Freiheit der Frau hatten.

Die Versprechungen der Chruschtschow-Ära – 1961 erklärte der impulsive Kreml-Führer, die Sowjetunion werde innerhalb von 20 Jahren den „vollen Kommunismus“ erreichen – führten zu Erwartungen und Forderungen, die die Bürokratie nicht erfüllen konnte. 1964 wurde Chruschtschow abserviert vom konservativeren Leonid Breschnjew, dessen Konzeption von sozialer Ordnung auf der politischen Apathie der Massen beruhte.

Unter Breschnjew wurde die bürokratische Elite (die Nomenklatura) ganz unverfroren korrupt, Vetternwirtschaft und krasser Eigennutz griffen um sich. Niemand nahm ihre ideologischen Verlautbarungen ernst. Der sozialistische Idealismus, der die sowjetischen Arbeiter und Intellektuellen in den 50er Jahren und Anfang der 60er Jahre angespornt hatte – die Periode der „Entstalinisierung“, des



Sowjetische Kosmonautin Valentina Tereschkova war 1963 erste Frau im Weltraum. Später kritisierte sie das Fehlen von Frauen in hohen Positionen während Breschnjew-Ära

Sputniks und der Kubanischen Revolution –, wurde verdrängt von weitverbreitetem Zynismus in allen sozialen Schichten.

Zwar lieferte die Breschnjew-Bürokratie Lippenbekenntnisse zum „Marxismus-Leninismus“, aber ihre wirkliche Ideologie könnte man als „Supermachtpolitik“ bezeichnen – der Glaube an einen starken russisch zentrierten Staat, der in der Lage ist, die Entwicklung der Weltpolitik mit dem US-Imperialismus gleichberechtigt auszuhandeln. In der offiziellen Propaganda über die nationale Frage innerhalb der UdSSR wurden die Russen ständig als die „älteren Brüder“ (starschije bratja) der anderen Sowjetvölker bezeichnet. Um dem Einfluß prowestlicher „Dissidenten“ wie Andrej Sacharow entgegenzuwirken, wählte sich das Breschnjew-Regime reaktionäre russische nationalistische Ideologen aus, die es tolerierte und sogar förderte, selbst offene Antikommunisten wie den „Dorfschriftsteller“ Walentin Rasputin, der die traditionelle patriarchalische Gesellschaft des mittelalterlichen Rus glorifizierte.

Seit Mitte der 60er Jahre gab es eine wachsende Kluft zwischen den rituellen Erklärungen für Gleichheit zwischen den Geschlechtern und den zunehmend männlich-chauvinistischen Einstellungen in der Gesellschaft Sowjetrußlands, von der Spitze bis nach unten. In den Sowjets, deren Funktion es war, alles abzusegnen, wurden rund 30 Prozent der

Sitze automatisch Frauen zugeteilt, aber keine Frau übte wirkliche politische Macht aus. Im Politbüro – dem höchsten Entscheidungsgremium – gab es während der gesamten 18jährigen Breschnjew-Ära keine einzige Frau. Die fehlende Autorität von Frauen an der Spitze der sowjetischen Gesellschaft spiegelte sich auch an ihrer Basis wider, im täglichen Familienleben. Es war keineswegs ungewöhnlich, von einem betrunkenen Ehemann geschlagen zu werden. Trunkenheit war der häufigste Grund, den russische Frauen, die sich scheiden ließen, als Ursache für das Auseinanderbrechen ihrer Ehe angaben.

Nicht nur, daß einige russische Frauen körperliche Mißhandlungen erleiden mußten, beinahe alle wurden durch die ungleiche Arbeitsteilung innerhalb der typischen Ehe unterdrückt. Verheiratete Frauen in Ostdeutschland leisteten drei Viertel der Hausarbeit, nachdem sie schon den ganzen Tag in einer Fabrik oder einem Büro gearbeitet hatten, aber ihre russischen Schwestern leisteten beinahe 100 Prozent unter erheblich primitiveren wirtschaftlichen Bedingungen. So gab es zum Beispiel nur wenige und verstreute zuverlässige öffentliche Wäschereien. Die Unfähigkeit der Bürokratie, in ein effizientes Verteilungsnetz zu investieren, bedeutete, kombiniert mit der willkürlichen Preisgestaltung für Konsumgüter, daß Käufer (zumeist die Frauen) stundenlang für das Notwendigste des täglichen Bedarfs Schlange stehen mußten.

Die „Doppelbelastung“, die sowjetische Frauen tragen mußten, wurde routinemäßig anerkannt und routinemäßig in offiziellen Veröffentlichungen verurteilt, auch schon in der Zeit vor Glasnost. „Soziologische Studien, die in unserem Land durchgeführt wurden“, schrieben drei sowjetische Akademikerinnen 1978, „zeigen die relative Hartnäckigkeit dieser alten patriarchalischen Sichtweise in bezug auf die Verteilung der familiären Pflichten“ (in Gail Warshofsky Lapidus, Hrsg., *Women, Work and Family in the Soviet Union* [Frauen, Arbeit und Familie in der Sowjetunion], 1982).

Aber solche patriarchalischen Sichtweisen waren nicht nur „hartnäckige“ Überbleibsel der längst vergangenen zaristischen Ära. Sie reflektierten das faule soziopolitische Klima des sowjetischen Stalinismus im Endstadium seines Zerfalls – die Gleichsetzung von „Sozialismus“ mit einem starken russisch zentrierten Staat, die zunehmende „Respektabilität“ von großrussischem Chauvinismus, der Anstieg von Antisemitismus, die weit um sich greifende und oftmals hysterische Feindseligkeit gegen Homosexualität (die unter Männern als kriminelles Delikt verfolgt wurde).

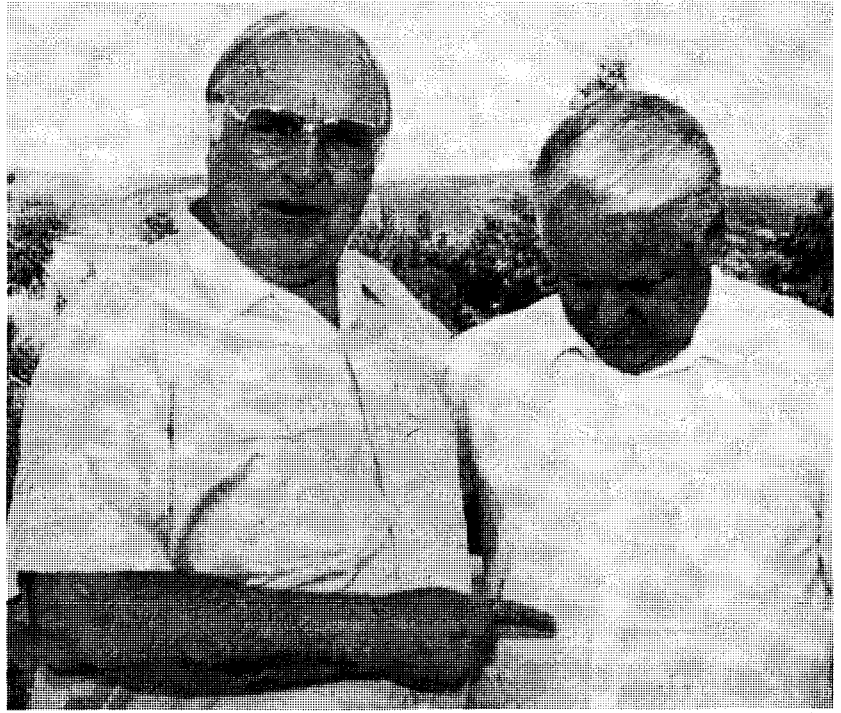
Die russischen Frauen versuchten, ihre „Doppelbelastung“ auf die einzige Art und Weise zu verringern, die ihnen zur Verfügung stand, solange es keine politische Revolution gab: Sie bekamen weniger Kinder. In den 70er Jahren überstieg die Geburtenrate in Rußland und der Ukraine (oft durch Heirat miteinander verbunden) gerade so die Sterberate, sehr zum Mißfallen der Kreml-Oligarchie. Die Diskussion der Frauenfrage innerhalb der Bürokratie und der offiziellen Intelligenz in der zweiten Hälfte der Breschnjew-Ära und in den frühen Gorbatschow-Jahren wurde vom sogenannten „Bevölkerungsproblem“ dominiert. Die Ansicht, daß die Teilnahme einer Frau an der gesellschaftlichen Produktion auf Kosten ihrer Pflichten als Mutter gehe, sollte zu einem Schlüsselement bei Gorbatschows Perestroika werden.

In Wirklichkeit gab es kein Bevölkerungsproblem vom Standpunkt der *objektiven Bedürfnisse* der Sowjetunion und ihrer Wirtschaft. Die Ansicht, daß solch ein Problem existiere, enthüllte nur die großrussischen chauvinistischen Vorurteile der Kreml-Führung. Die ländlichen Gebiete des turksprachigen Zentralasiens – die ärmsten Regionen in der UdSSR – litten unter Überbevölkerung.

Das Gezeter um das „Bevölkerungsproblem“ deckte



Der Spiegel



dpa

Russisch-orthodoxer Priester auf Jelzins Barrikaden im August 1991 (links). Kohl und Jelzin jetteten nach G-7-Gipfel in Tokio nach Sibirien, um Ausplünderung der Werkstätigen zu planen

den Mangel an Integration zwischen den Turkvölkern und den slawischen Völkern der Sowjetunion auf. Dies zeigte sich am Schlüsselindex Geburtenrate und, damit verbunden, am Anteil der Frauen an der Industriearbeiterschaft. Ende der 70er Jahre war die Ein-Kind-Familie für städtische Russen und Ukrainer zur Norm geworden, während vier oder mehr Kinder bei Usbeken oder Tadschiken weit verbreitet waren, selbst bei denen, die in der Stadt lebten. Frauen stellten etwas mehr als die Hälfte der Industriearbeiter in der russischen Republik und in der Ukraine, verglichen mit 40 Prozent in den zentralasiatischen Republiken (und von diesen waren viele slawische Frauen in den größeren Städten wie Taschkent und Samarkand).

Eine wirklich sozialistische Regierung in der Sowjetunion hätte eine massenhafte Abwanderung von Menschen aus dem ländlichen Zentralasien in die Regionen des europäischen Rußlands, der Ukraine und Sibiriens, in denen Arbeitskräftemangel herrschte, gefördert. Noch bedeutsamer als die wirtschaftlichen Vorteile eines solchen Programms wären dessen soziale Auswirkungen gewesen. Hunderttausende junger usbekischer und tadschikischer Männer und besonders Frauen als Bestandteil der Bevölkerung Leninsgrads, Kiwus und Wladiwostoks, das wäre ein Hindernis für das Wiederentstehen von islamischem Traditionalismus gewesen und hätte zu mehr gemischten Ehen unter der Vielzahl der sowjetischen Völker geführt.

Aber solch eine Politik wurde *nicht* durchgeführt. Nach der Volkszählung von 1989 gab es nur 250 000 Mitglieder der vier größten zentralasiatischen Nationalitäten – Usbeken, Tadschiken, Turkmenen und Kirgisen – in der riesigen russischen Republik, einschließlich Sibiriens. Das Ausbleiben einer fortschrittlichen Lösung für das kombinierte Problem von Arbeitskräftemangel in den slawischen Republiken und Überbevölkerung im ländlichen Zentralasien sollte bald in der ganzen Sowjetunion zu reaktionären Konsequenzen führen, besonders für Frauen.

Gorbatschows Perestroika: Vorspiel zur kapitalistischen Konterrevolution

Seit den ersten Fünfjahresplänen stützte sich die sowjetische Wirtschaftsentwicklung auf extensives Wachstum. Neue Fabriken und andere Produktionsanlagen wurden gebaut

und die zusätzlichen Arbeitskräfte, die dazu nötig waren, aus der überzähligen Landbevölkerung Rußlands und der Ukraine abgezogen. Die fallende Geburtenrate in den slawischen Republiken führte Mitte der 70er Jahre zu einem akuten Arbeitskräftemangel für die sowjetische Wirtschaft, und die Wachstumsrate verlangsamte sich fast bis zum Stillstand. Das Breschnjew-Regime und seine Ökonomen verkündeten, daß es notwendig sei, zu *intensivem* Wachstum überzugehen durch Umrüstung der bestehenden Unternehmen und Steigerung der Arbeitsproduktivität.

In den 30er Jahren sagte Trotzki voraus, daß die Kreml-Bürokratie an der Wirtschaftsfront in eine Sackgasse geraten würde, wenn es notwendig werde, vom einfachen quantitativen Anwachsen zur Verbesserung der Qualität überzugehen, vom extensiven zum intensiven Wachstum. Das Übergangsprogramm der Vierten Internationale von 1938 fordert „*Revision der Planwirtschaft* von Kopf bis Fuß im Interesse der Produzenten und Konsumenten!“

Das neue Regime von Michail Gorbatschow, das 1985 den Kreml übernahm, versuchte jedoch, die sowjetische Wirtschaft durch marktorientierte „Reformen“ wiederzubeleben, d. h. durch die selektive Einführung kapitalistischer Normen in das kollektiviert System. Die Löhne sollten mit der Rentabilität der Unternehmen verknüpft werden, Fabrikleiter sollten das Recht erhalten, „überflüssige“ Arbeiter zu entlassen, unprofitable Betriebsstätten sollten geschlossen werden, und zum ersten Mal seit Menschengedenken sollte der sowjetischen Wirtschaft eine Dosis Arbeitslosigkeit injiziert werden. Die meisten Arbeitslosen sollten Frauen sein, von denen man dann erwartete, daß sie ihre Energien darauf konzentrieren würden, mehr Kinder aufzuziehen.

Gorbatschow war bei westlichen Linken, einschließlich der Feministinnen, viel besser angesehen als seine Vorgänger im Kreml. Aber sein Traktat „*Perestroika: Neues Denken für unser Land und die Welt*“ von 1987 nahm die Kampagne der amerikanischen Rechten für „Familienwerte“ vorweg. Er sah die „Schwächung der Familienbande, die nachlässige Haltung zur Verantwortung in der Familie als ein paradoxes Resultat unseres ehrlichen und politisch berechtigten Wunsches, die Frauen mit den Männern in jeder Hinsicht gleichzustellen“. Dieser „liberalste“ Stalinist

Fortgesetzt auf Seite 16



Jim Richardson

Textilarbeiterin in Duschanbe, Hauptstadt von Tadschikistan. Ausweitung der Oktoberrevolution auf Sowjet-Zentralasien, wenn auch deformiert durch Stalinismus, befreite Frauen von barbarischen Verhältnissen der alten Gesellschaft

Frauen...

Fortsetzung von Seite 15

forderte dann, daß „Frauen zu ihrer eigentlichen Mission als Frau zurückkehren sollten“.

Die amerikanische linke Ökonomin Judith Shapiro, eine frühere Unterstützerin unserer Tendenz, wies auf die organische Verbindung hin zwischen dem marktorientierten Programm für ein „Abspecken der Zahl der Industriearbeiter“ und der russischen Version von „Familienwerten“. Sie zitierte Tatjana Saslawskaja, eine führende Ideologin der Perestroika und Beraterin Gorbatschows:

„Es sieht wohl so aus, daß das hohe Beschäftigungsniveau von Frauen in der gesellschaftlichen Produktion sozial ungerechtfertigt ist. Es hatte eine negative Auswirkung sowohl auf die Geburtenrate als auch auf die Erziehung der Kinder ... Die Ein-Kind-Familie wird zum vorherrschenden Modell, was noch nicht einmal garantiert, daß sich die Bevölkerung reproduziert.“ (Zitiert nach: Mary Buckley, Hrsg., *Perestroika and Soviet Women* [Perestroika und die sowjetischen Frauen], 1992)

Diese Stellungnahme demonstriert eine implizit russisch-nationalistische Sichtweise. Saslawskaja kann sich nur auf die slawische Bevölkerung der UdSSR beziehen, denn die Turkbevölkerung hat sich mehr als reproduziert. Wenn ein Berater des amerikanischen Präsidenten Besorgnis darüber ausdrücken würde, daß weiße Amerikaner sich nicht reproduzierten, oder wenn ein Bundestagsabgeordneter sich für eine höhere Geburtenrate bei Deutschen aussprechen würde, dann würden Linke in diesen Ländern dies als Rassismus verurteilen. Aber Gorbatschow, Saslawskaja und die ganze Perestroika-Bande wurden anfänglich von den meisten westlichen Linken hochgejubelt, die dann ihren Enthusiasmus auf noch reaktionärere politische Kräfte wie Jelzin und die verschiedenen antisowjetischen nationalistischen Sezessionisten verlagerten.

Trotz der Propagandakampagne, die das Kinderkriegen und die Kindererziehung glorifizierte, kam dies bei sowjetischen Frauen nicht an. Eine Meinungsumfrage im Jahre 1989 erbrachte, daß nur 20 Prozent der sowjetischen Frauen ihre Arbeit aufgeben würden, selbst wenn sie es sich leisten könnten. Dies ist um so bedeutsamer, da die Masse der Frauen in der UdSSR die am schlechtesten bezahlte, die arbeitsintensivste, die ermüdendste und monotonste Arbeit hatte. Aber die Logik des verkündeten „Übergangs zu einer Marktwirtschaft“ war es, Frauen zurück in die Familie zu schicken, ob sie dies nun wollten oder nicht. Als mit dem

Neujahrstag 1988 die zentrale Planung ausrangiert und durch „Selbstfinanzierung“ der Unternehmen ersetzt wurde, plünderten Betriebsleiter das Staatseigentum, das man ihnen anvertraut hatte. Industriegüter wurden auf den Schwarzmarkt umgeleitet, und Konsumgüter konnte man nur in den neu legalisierten privaten Läden zu Wucherpreisen finden.

Betriebsleiter nutzten ihre neue Freiheit, nach Marktregeln zu spielen, auch dazu aus, „überflüssige“ Arbeiter loszuwerden, beinahe immer Frauen. Ein Brief an die Presse 1988 aus dem Textilzentrum Iwanowo – bekannt als die „Stadt der alleinstehenden Frauen“ – enthüllte das wahre Gesicht der Perestroika:

„Es gibt in unserem Kollektiv eine Menge junger Frauen mit kleinen Kindern. Die meisten von ihnen würden am liebsten Teilzeitarbeit haben, aber das paßt der Betriebsleitung nicht... Die Betriebsleitung zwingt uns einfach zu kündigen. Der Direktor hat sogar gesagt: ‚Die haben dies hier in eine Kinderkrippe verwandelt – wir können ohne solche Arbeiterinnen auskommen‘.“ (Zitiert nach Linda Edmondson, Hrsg., *Women and Society in Russia and the Soviet Union* [Frauen und Gesellschaft in Rußland und in der Sowjetunion], 1992)

Gorbatschow jedoch schreckte vor aufgezwungenen Massenentlassungen, dem Schließen von Großbetrieben und der Abschaffung aller Preiskontrollen zurück, aus Angst davor, eine soziale Explosion zu entfesseln. Er wurde von Boris Jelzin, einem früheren Gorbatschow-Mann, der sich 1989/90 zum Führer der offen kapitalistisch-restaurativen Kräfte entwickelte, dafür angegriffen, daß er nur „halbherzige Maßnahmen“ ergreife. Jelzins Machteroberung im August 1991 im Anschluß an einen vermurksten Putsch von Kreml-Konservativen markierte den Aufstieg der kapitalistischen Konterrevolution in Rußland und das Auseinanderbrechen der UdSSR in einander feindlich gegenüberstehende nationalistische Regime.

Seitdem ist es noch viel schlimmer geworden. Am Neujahrstag 1992 vervierfachte das Jelzin-Regime die Preise der meisten Konsumgüter und Dienstleistungen, um seinen westlichen imperialistischen Ziehväter zu beweisen, daß man es mit dem „freien Markt“ auch ernst meine. Ganze Bevölkerungsgruppen – Rentner, alleinstehende Mütter, Familien mit vielen Kindern, Behinderte – sind ins nackte Elend gestürzt worden. Das wirtschaftliche Chaos, das von Gorbatschows Perestroika ausgelöst worden war, vertiefte sich unter Jelzin zur Ausplünderung im großen Stil und zum Zusammenbruch der industriellen Wirtschaft. Der

Rubel ist praktisch wertlos, die neuen Räuberbarone Rußlands schmuggeln alles von wertvollen Metallen bis zu Waffen in den Westen, die Erlöse fließen auf Schweizer Bankkonten. Die Produktion, die im letzten Jahr um 20 Prozent gesunken ist, befindet sich jetzt im freien Fall.

In Iwanowo, dem Textilzentrum mit größtenteils weiblichen Arbeitskräften, ist die Produktion halbiert worden, die Warenhäuser sind leer, und Rohbaumwolle ist infolge der Desorganisation des Transportwesens und des Bürgerkriegs in Tadschikistan nicht zu bekommen. Tausende Arbeiter, die zwar noch offiziell beschäftigt sind, sind in „Zwangsurlaub“ und versuchen, mit 20 Prozent ihres normalen Einkommens zu überleben unter den Bedingungen einer Hyperinflation, die jetzt beinahe 50 Prozent pro Monat erreicht hat!

Solche verzweifelten Bedingungen können sehr leicht eine soziale Explosion hervorrufen. Ein Aufbegehren der Bevölkerung gegen die Verelendung des „freien Marktes“ könnte jedoch von reaktionären nationalistischen Demagogen ausgebeutet und dirigiert werden, die nach einem starken russischen Staat rufen, der nicht im Dienst der westlichen Mächte steht. Die multinationale Arbeiterklasse in Rußland kann die Verwüstungen der kapitalistischen Restauration nur dadurch stoppen, daß sie den im Aufbau befindlichen bürgerlichen Staat Jelzins zerschlägt und zu den Prinzipien der proletarischen politischen Macht und des Internationalismus der Oktoberrevolution zurückkehrt. In „Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde“ (Spartakist Nr. 100, Januar) schrieben wir: „Nur als ein Teil des Kampfes, eine wirkliche Welpartei der sozialistischen Revolution wiederzuschmieden, können die Arbeiter der früheren Sowjetunion die Führung zusammenfügen, die sie brauchen, um die grotesken Greuel wegzufegen, denen sie jetzt gegenüberstehen.“

In den nichtrussischen Republiken der früheren UdSSR werden die verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Konterrevolution noch verstärkt durch das unverhüllt patriarchalische Programm der aufsteigenden nationalistischen Parteien. Vor ein paar Jahren erzählten Unterstützerinnen der litauischen Sajudis der feministisch orientierten britischen Akademikerin Mary Buckley, es sei die Rolle des Mannes, sich in der Politik zu engagieren, während es ihre sei, in einem neuen unabhängigen Litauen für ein „schönes Heim“ zu sorgen.

Nachdem im August 1991 die Unabhängigkeit gekommen war, mußten litauische Frauen zu Hause bleiben, ob sie wollten oder nicht. Aber ihr Heim war kaum schön zu nennen. Sie froren, weil es zu wenig Heizöl gab, und die Regale waren leer, weil der verrückte nationale Isolationskurs des Sajudis-Regimes einen vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch zur Folge hatte. Vor kurzem haben die litauischen Wähler Sajudis von der Macht vertrieben und sie durch die ehemalige Kommunistische Partei ersetzt, die sich in Sozialdemokraten verwandelt hatte und versprach, enge Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland wiederherzustellen.

Ein führender ukrainischer nationalistischer Ideologe ist über die moderne ukrainische Frau hergezogen, weil sie Rockmusik den volkstümlichen Wiegenliedern vorzieht. Alle antikommunistischen Nationalisten in Osteuropa sind *antikosmopolitisch*. Die selbsterklärte Mission von Sajudis und der ukrainischen Ruch ist es, das litauische und ukrainische Volk von allen Elementen der noch jüngst gemeinsamen sowjetischen Kultur zu säubern, die gegenüber kulturellen Einflüssen aus der ganzen Welt offen geworden war. Sowohl rechtsradikale ukrainische Nationalisten als auch die russischen Blut-und-Boden-Faschisten von Pamjat sind entsetzt, daß die Jugend ihrer Länder eine Vorliebe für das Hören und Nachspielen von Rockmusik hat, weil dies den Mythos zerplatzen läßt, daß es eine einzigartige slawische

Seele gäbe, die gegen die Sirengesänge des westlichen „Hedonismus“ immun ist. Wir erinnern daran, wie Adolf Hitler haßerfüllt über den amerikanischen Jazz als „dekadente Negermusik“ herzog.

Vor ein paar Jahren stellten ukrainische nationalistische Feministinnen an Ruch die Forderung, „die patriarchalischen Werte der Vergangenheit zurückzuweisen, für wirkliche Gleichheit von Frau und Mann in der Gesellschaft zu kämpfen, beim Schutz des heimischen Herdes, bei der Kindererziehung und bei politischen und sozialen Aktivitäten“ (zitiert nach: *Perestroika and Soviet Women*). Das ist ungefähr so, als ob man vom amerikanischen Ku Klux Klan fordert, den Rassismus zurückzuweisen und die Bürgerrechte und soziale Gleichheit der schwarzen Menschen zu respektieren. Alle neuen osteuropäischen nationalistischen Bewegungen sind stramm patriarchalisch. Alle glauben, daß die Rolle der Frau nicht nur darin besteht, für maximale Nachkommenschaft des geheiligten Nationalstaats zu sorgen, sondern auch, ihren Kindern die uralten nationalen und religiösen Traditionen einzupflegen, die aus feudalen und vorfeudalen Zeiten stammen.

Sozialer Fortschritt und islamischer Traditionalismus in Sowjet-Zentralasien

Nirgendwo sonst in der früheren Sowjetunion ist die kapitalistische Konterrevolution direkter und unmittelbarer mit der Degradierung der Frauen verbunden als in Zentralasien. Denn hier hat die bolschewistische Revolution, selbst in ihrer stalinistischen Degeneration, die Frauen von der übelsten Form der Unterdrückung befreit, deren Symbol die Paranja ist, ein Schleier, der den ganzen Körper bedeckt und nur eine Stelle mit Maschennetz zum Sehen und Atmen läßt. Der Kalym, der Brautpreis, war beinahe durchgängige Praxis. Eine Frau war oftmals von Kindesbeinen an an denjenigen Ehemann gebunden, der die Brautpreisforderung des Vaters erfüllen konnte. Wenn sie weglief, konnte sie von ihrem Mann und dessen Klan als Kriminelle verfolgt und bestraft werden. Die Strafe für eine entflozene Frau konnte sein, ihr die Beine zu brechen oder sie auf andere barbarische Weise zu foltern. Wenn eine Frau auch nur verdächtigt wurde, untreu gewesen zu sein, bestand die Bestrafung darin, die Genitalien mit einem heißen Eisen zu brandmarken.

In den frühen 20er Jahren begann die sowjetische Regierung eine große Kampagne zur Befreiung der Frauen in
Fortgesetzt auf Seite 18

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—

Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—

Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—

alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 105

Bestellt bei: Postfach 51 0655 13366 Berlin	Konto 11988-601 Postgiro Frankfurt/Main BLZ 500 10060
--	---

Frauen...

Fortsetzung von Seite 17

Zentralasien und Aserbaidschan von den schrecklichen Bedingungen, die mit dem islamischen Traditionalismus verbunden waren. Die wichtigste Einrichtung für diese Arbeit war Shenotdel – die Abteilung der Kommunistischen Partei für Arbeit unter Arbeiterinnen und Bäuerinnen. Ein halbes Jahrhundert später erinnert sich eine aserische Veteranin des Shenotdel in Baku voller Stolz: „Wir hatten das Gefühl, daß wir den Frauen das Licht bringen. Wir waren ‚Kultursoldaten‘, die in einem wirklichen Krieg an der Front kämpften. Wir waren Soldaten, die Licht in die Dunkelheit bringen mußten. Wir befreiten die Frauen“ (zitiert nach Mary Buckley, *Women and Ideology in the Soviet Union* [Frauen und Ideologie in der Sowjetunion], 1989).

Der Begriff „Kultursoldaten“ war nicht einfach eine Phrase. Diese kommunistischen Aktivistinnen riskierten einen schrecklichen Tod. Zahlreiche zerstückelte Leichen von Shenotdel-Organisatorinnen wurden entdeckt, dies zwang die Sowjetregierung schließlich dazu, für ausgesprochen „antifeministische“ Morde als konterrevolutionäre Verbrechen die Todesstrafe wieder einzuführen. Guerillakämpfer für die traditionelle Stammesordnung, genannt die Basmatschi (sie ähnelten den afghanischen Mudschaheddin unserer Tage), terrorisierten unverschleierte Frauen in Zentralasien, bis sie von der Roten Armee zu Beginn der 30er Jahre unterdrückt wurden.

Stalin löste Shenotdel 1934 auf, aber besondere Arbeit unter moslemischen Frauen in den zentralasiatischen Republiken wurde weiterhin durchgeführt. Dies geschah nicht, weil der „große Steuermann“ eine innere Mission gefühlt hätte, die Frauen des Ostens zu befreien. Es drückte vielmehr die vitalen Interessen der kollektivierten Wirtschaft der Sowjetunion aus. Damit Frauen der Turkvölker die neuen Textilfabriken bedienen konnten, die während der ersten Fünfjahrespläne aufgebaut wurden, mußten sie den Schleier ablegen und eine gewisse Unabhängigkeit von ihren Ehemännern erreichen.

Trotzki erkannte die enge Verbindung zwischen Wirtschaftsaufbau und sozialem Fortschritt in den rückständigen Regionen der UdSSR, obwohl beides durch stalinistisches bürokratisches Schmarotzertum deformiert wurde:

„Allerdings leistet die Sowjetbürokratie auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik wie auf dem der Wirtschaft weiterhin eine gewisse progressive Arbeit, auch wenn die dadurch entstehenden Unkosten unverhältnismäßig hoch sind. Dies bezieht sich vor allem auf die rückständigen Völkerschaften der Union, die notwendigerweise eine mehr oder weniger lange Periode der Übernahme, An-

eignung und Verarbeitung ihnen unbekannter Fertigkeiten und Kenntnisse durchmachen müssen. Die Bürokratie baut ihnen eine Brücke zu den elementaren Errungenschaften der bürgerlichen, zum Teil auch noch vorbürgerlichen Kultur.“ (*Verratene Revolution*, 1936)

In Zentralasien produzierte die widersprüchliche Natur des sowjetischen bürokratisch deformierten Arbeiterstaats eine starke Kluft zwischen Stadt und Land. Die großen Städte wie Taschkent in Usbekistan und Leninabad in Tadschikistan wurden weitgehend europäisiert. Sie zogen eine große Zahl von slawischen und auch jüdischen Zuwanderern an und waren Schmelztiegel für die unterschiedlichsten zentralasiatischen Nationalitäten. Die Frauen waren unverschleiert, viele trugen westliche Kleidung und nahmen ungehindert am öffentlichen Leben teil. Selbst eine stramm antikommunistische amerikanische Akademikerin, Martha Brill Olcott, gab zu:

„Ein Mädchen, das in einer städtischen Umgebung [in Zentralasien] geboren wird, kann erwarten, praktisch die gleiche Erziehung zu bekommen wie ihr männliches Gegenstück... Frauen und Männer sind vor dem Gesetz gleich, und es gibt zumindest eine symbolische Präsenz von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.“ (In: William Fierman, Hrsg., *Soviet Central Asia: The Failed Transformation* [Sowjet-Zentralasien: Die gescheiterte Umwandlung], 1991)

45 Prozent der Gesamtbevölkerung Sowjet-Zentralasiens leben in Städten, aber die meisten Menschen der von dort stammenden Völker leben in ländlichen Gebieten. Es gab auch Fortschritte bei der Emanzipation der Frauen auf dem Land – verbunden mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Baumwollproduktion auf Kolchosen. In den meisten ländlichen Gebieten war der Schleier nur selten zu sehen. Aber islamische Praktiken und Klanloyalitäten blieben eine Untergrundströmung der zentralasiatischen Gesellschaft.

Die Erfahrung von Sowjet-Zentralasien zeigt den absolut zentralen Stellenwert der Industrialisierung, selbst in ländlichen Gebieten, für die Emanzipation der Frauen in traditionell patriarchalischen Gesellschaften. Der sowjetische Ethnograph Sergej Poljakow führte eine Studie über zwei Dörfer in Nord-Tadschikistan durch. Im ersten arbeiteten Hunderte Frauen in einer örtlichen Teppichfabrik und in baumwollverarbeitenden Textilbetrieben. Hier bewegten sich Frauen in der Öffentlichkeit, ohne ihr Gesicht oder ihren Kopf zu verhüllen, und Teenager gingen zusammen aus, Jungen mit Mädchen. Im zweiten Dorf, wo Frauen ausschließlich in der Landwirtschaft arbeiteten, verhüllten sie ihre Gesichter und Köpfe, sprachen in der Öffentlichkeit nicht mit Männern, gingen nicht ohne Begleitung aus, und Mädchen waren von allen schulischen Aktivitäten, die über den Lehrplan hinausgingen, ausgeschlossen.

Die sowjetische Regierung hatte jedoch nicht die Ressourcen, um in jedem tadschikischen oder usbekischen Dorf eine Fabrik zu bauen, selbst wenn sie gewollt hätte. Die Emanzipation der moslemischen Frauen im ländlichen Zentralasien war nur mit der sozioökonomischen Basis der UdSSR als ganzer möglich: durch Abwandern im großen Maßstab und die Vermischung der sowjetischen Völker.

In Sowjet-Zentralasien brachte die Breschnjew-Ära eine schrittweise Verschlechterung der Position der Frauen. Tief verwurzelte Praktiken wie ausgehandelte Ehen und der Brautpreis konnten nicht durch rein rechtlich-administrative Maßnahmen ausgerottet werden. Dies erforderte die *aktive politische Mobilisierung* fortschrittlicher Kräfte in der Gesellschaft, was seit der Chruschtschow-Ära nachgelassen hatte. Junge Frauen, denen eine Zwangsehe droht, müssen in der Lage sein, sich an eine starke Frauenorganisation zu wenden, die von staatlichen Organen unterstützt wird. Männer, die ihre Frauen gekauft haben, müssen den feindseligen

NEU!

Nr. 42, Frühjahr/Sommer 1993
DM 2,- (48 Seiten)

Englischsprachige Zeitschrift
der Frauenkommission
der Spartacist League/U.S.

Abonniert:
3 Ausgaben DM 7,-
Luftpost DM 10,-

Bestellt bei:
SpAD, Postfach 51 06 55
13366 Berlin
Postgiro Frankfurt/Main
Konto 11988-601
BLZ 500 10060



**Zentralasien
Ende der 20er Jahre:
16jährige Frau, von Kopf bis
Fuß verschleiert, bezeugt vor
sowjetischem Gericht, daß ihr
Mann sie schlägt**



sozialen Druck ihrer Kollegen erfahren, indem sie zum Beispiel in der Betriebszeitung der Fabrik oder Kolchose, in der sie arbeiten, angeprangert werden.

Das Breschnjew-Regime entmutigte jedoch jede Art von politischer Mobilisierung aus Angst vor einer Störung der bürokratischen Ordnung. Der zentralasiatische Teil der Bürokratie, der den Standard für die Korruption in der UdSSR setzte, erlaubte ein Wiederaufleben von islamischem Traditionalismus in der Privatsphäre, solange dies nicht ihre politischen Pfründe und ihren unrechtmäßig erworbenen Wohlstand gefährdete. Um die Mullahs ruhigzustellen, lenkten sie illegal Regierungsfonds um und bauten Moscheen und „Teehäuser“, die als inoffizielle Moscheen dienten. William Fierman, ein amerikanischer Kalter Krieger und Experte für Sowjet-Zentralasien, schrieb: „Trotz der Weiterführung von antireligiöser Propaganda unter Breschnjew tolerierte das Regime auch, daß weithin Praktiken eingehalten wurden, die man gemeinhin mit dem Islam in Verbindung bringt.“

Einige dieser Praktiken, wie die männliche Beschneidung, die Beerdigung in Tüchern statt in einem Sarg und der Verzicht auf Schweinefleisch, spiegeln nur die Unterschiede der menschlichen Kulturen wider. Aber andere Praktiken, die mit dem Islam zusammenhängen – wie die Zwangsheiraten für sehr junge Frauen –, sind grundlegend unterdrückend und sollten nicht toleriert werden. Das sowjetische Recht verbot die Heirat von Mädchen unter 16 Jahren. In vielen Fällen jedoch wurde dieses Verbot umgangen, indem es erst eine religiöse Zeremonie gab und man gewartet hat bis zur Geburt eines Kindes, am liebsten eines Jungen, um die Ehe bei den staatlichen Ämtern anzumelden.

Weil die korrupte stalinistische Bürokratie die demokratischen legalen Rechte der moslemischen Frauen praktisch ignorierte, griffen diese häufig zum Selbstmord – oftmals in der traditionellen Form der Selbstverbrennung –, um einer Zwangsheirat zu entgehen oder einem brutalen Ehemann zu entkommen. Im Geiste von Glasnost gab die usbekische Regierung zu, daß es zwischen 1987 und 1989 fast 900 solcher Selbstverbrennungen gegeben hat. 1987 berichtete die *Komsomolskaja Prawda*, die Zeitung der Jugendorganisation der KPdSU, warum so viele zentralasiatische Frauen zur Selbstzerstörung getrieben wurden:

„Der Vater des einen Mädchens wollte sie nicht zur Schule gehen lassen, und sie konnte das nicht ertragen.

Die Verwandten eines zweiten Mädchens, bei denen es lebte, versuchten sie zwangsweise zu verheiraten. Ein drittes wurde vom Ehemann geschlagen, von den Verwandten verhöhnt und sah keinen Ausweg mehr...“ (Zitiert nach: *Women Against Fundamentalism* [Frauen gegen Fundamentalismus] Nr. 3, 1992)

Es wurden auch Fälle angeführt, wo Väter ihre ungehorsamen Töchter umgebracht hatten.

Zur gleichen Zeit sollte hervorgehoben werden, daß säkularisierte zentralasiatische Männer, die mit der islamischen Tradition gebrochen hatten, im allgemeinen aufgeklärter gegenüber Frauen waren als der typische russische Mann. Slawische Frauen, die in Taschkent einen Usbeken oder Tadschiken geheiratet hatten, erzählten dem amerikanischen Geographen Ronald Wixman vor einigen Jahren, daß ihre Ehemänner, anders als viele russische Männer, sich nie betranken oder ihre Frauen und Kinder mißhandelten. Die Minderheit der säkularisierten kosmopolitischen zentralasiatischen Männer und Frauen kam jedoch unter Druck vom wiederaufsteigenden islamischen Fundamentalismus, der vom „liberalen“ Gorbatschow-Regime ermutigt wurde.

Die Schlacht um Zentralasien

Bei einer All-Unions-Frauenkonferenz in Moskau 1987 verurteilte G. B. Bobosadykowa, eine Sekretärin des KPdSU-Zentralkomitees in Tadschikistan, „Gleichgültigkeit und Kompromisse mit den Überbleibseln der Vergangenheit“ und forderte eine verstärkte „atheistische Propaganda und Erziehung“. Zusätzlich zu solcher Propaganda und Erziehung waren sicherlich strenge Maßnahmen notwendig, um bei moslemischen Patriarchen Respekt für sowjetische Gesetze zum Schutz der demokratischen Rechte von Frauen wiederherzustellen. Es geschah jedoch genau das Gegenteil. Die Leben-und-leben-lassen-Haltung des Breschnjew-Regimes wurde unter Gorbatschow abgelöst von aktiver Beschwichtigung der religiösen Reaktion – der christlich-orthodoxen Kirche in den slawischen Republiken, des Islam in Zentralasien. Militanter antisowjetischer Fundamentalismus wurde so von der Regierung toleriert und teilweise von der arroganten Kolonialistenmentalität der russischen Zuwanderer der jüngsten Zeit noch angefacht. (Die ältere Generation von Europäern in Zentralasien –

Fortgesetzt auf Seite 20

Frauen...

Fortsetzung von Seite 19

von denen viele unter Stalin dorthin ins Exil gezwungen worden waren – war im allgemeinen ihren turksprachigen und tadschikischen Nachbarn und Mitbürgern gegenüber respektvoller.)

1990 drohten die selbsternannten „Wahabbis“ an der Universität von Samarkand, jede Studentin umzubringen, die in westlicher Kleidung an der Demonstration am 1. Mai teilnimmt. Im gleichen Jahr berichteten Augenzeugen, daß es während regierungsfeindlicher Unruhen in der Hauptstadt von Tadschikistan zur Vergewaltigung von Frauen in westlicher Kleidung gekommen ist. Die fundamentalistische Partei der Islamischen Erneuerung (IRP) kam aus dem Untergrund hervor, um die stalinistischen Regime in Usbekistan und Tadschikistan herauszufordern.

Als nach dem August 1991 die UdSSR auseinanderbrach, waren die zentralasiatischen herrschenden Cliquen so fest etabliert, daß sie die politische Macht behielten. Sie verurteilten sofort den Kommunismus und erklärten, daß sie für einen westlich orientierten „säkularen“ Staat nach dem Vorbild der Türkei eintraten. Özals Türkei, ein NATO-Mitglied mit einer Sprache, die mit den Sprachen der meisten zentralasiatischen Nationalitäten verwandt ist, ist zur Hauptagentur für westliche imperialistische Interventionen in der Region geworden. Zur gleichen Zeit konkurriert das Regime in Ankara mit Saudi-Arabien und dem Chomeini-Iran, die die fundamentalistischen Oppositionen unterstützen, um Einfluß.

Während sich die alten stalinistischen Mafias in den Ministerien halten, ist der Fundamentalismus an der Basis der entstehenden bürgerlichen Staaten Zentralasiens im Aufstieg. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten tragen einige usbekische Schulmädchen in Taschkent – der am meisten europäisierten Stadt in der Region –, die früher immer westliche Kleidung getragen hatten, jetzt das weiße vom Kopf bis zu den Füßen reichende Tuch als Symbol islamischer „Sittsamkeit“. Im usbekischen Ferganatal – dem Baumwollproduktionszentrum Zentralasiens – haben sich fundamentalistische Banden, die man Adolat nennt, selbst zum Gesetz erklärt. Sie haben inoffizielle Gerichte geschaffen, wo angeblichen Dieben die Hände abgeschlagen werden.

Im benachbarten Tadschikistan hat der Konflikt zwischen alten stalinistischen Bürokraten und Fundamentali-



Sowfoto

Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft in Sowjet-Zentralasien halfen, islamischem Traditionalismus Boden zu entziehen

sten zu einem blutigen Bürgerkrieg geführt. Diese ehemalige Sowjetrepublik besteht aus zwei unterschiedlichen Regionen, die von einer Bergkette getrennt werden. Das nördliche Tadschikistan wurde vom Industriezentrum Leninabad (jetzt umbenannt in Chujand) dominiert. Die Arbeiterklasse bestand aus Usbeken und Tadschiken, zentralasiatische Ingenieure und Techniker arbeiteten Seite an Seite mit ihren slawischen Kollegen. Diese kosmopolitische Stadt war die wichtigste einheimische Basis der politischen Unterstützung für das tadschikische stalinistische Regime. Letztes Jahr gab selbst ein Unterstützer der Islamischen Erneuerungspartei zu: „Die IRP ist immer noch sehr schwach. Unser Volk ist noch nicht bereit für die Religion. Die kommunistische Parteiideologie ist hier immer sehr stark gewesen“ (Londoner *Guardian*, 19. Mai 1992).

Das südliche Tadschikistan – wo die Hauptstadt Duschanbe liegt – ist vorherrschend ländlich und größtenteils ethnisch tadschikisch, daher sind islamischer Traditionalismus und Klanloyalitäten viel stärker ausgeprägt. Anders als andere zentralasiatische Nationalitäten sprechen die Tadschiken keine Turksprache, sondern Farsi, die im Iran vorherrschende Sprache. Deshalb bekam die Islamische Erneuerungspartei (obwohl sie eher sunnitisch als schiitisch muslimisch ist) die Unterstützung des fundamentalistischen Teheraner Regimes. Und direkter noch, afghanische tadschikische Mudschaheddin agierten als Stoßtruppen für die Fundamentalisten in diesen ehemaligen Sowjetrepubliken.

Im Herbst 1991 gewann der noch aus der Breschnjew-Ära stammende Parteiboss von Tadschikistan, Rachman Nabijew – der sich als einziger zu dieser Zeit immer noch kommunistisch nannte –, eine freie Präsidentschaftswahl gegen eine unheilige Allianz von Islamischer Erneuerungspartei und einer Handvoll antikommunistischer „Demokraten“. Aber im folgenden Frühjahr inszenierten die Fundamentalisten blutige Unruhen in Duschanbe, und Nabijew kapitulierte und bot der IRP den Löwenanteil der Ministerien in einer Koalitionsregierung an. Die Unruhen wurden von herangekehrten Mobs unter der Führung von „Milizen“ inszeniert, bewaffnet von tadschikischen Mudschaheddin, die über die Grenze von Afghanistan eingesickert waren.

Zu diesem Zeitpunkt brachte die amerikanische sozialdemokratische Zeitschrift *In These Times* [In diesen Zeiten] (10. Juni 1992) einen Artikel des in Moskau stationierten Journalisten Wladimir Klimenkow aus Tadschikistan, der triumphierend verkündete: „Der Zusammenbruch des kommunistischen Parteimonopols leitet für die kleinsten und ärmsten Republiken der ehemaligen Sowjetunion eine neue Ära der Hoffnung und Unsicherheit ein.“ Diese schweini-schen Sozialdemokraten – die ach so politisch korrekt sind, wenn es um die Anliegen amerikanischer kleinbürgerlicher Feministinnen geht – bejubeln „eine neue Ära der Hoffnung“ in Zentralasien unter der Herrschaft von Klanmitgliedern der afghanischen Mudschaheddin, die Lehrer erschossen, weil diese den Mädchen das Lesen beibrachten. Der antikommunistische Triumphalismus von Klimenkow/*In These Times* erwies sich jedoch als voreilig.

Im September zwang die IRP Nabijew zum Rücktritt, und er floh zu seiner politischen Hauptbasis Leninabad/Chujand. Ein paar Monate später eroberten militärische Einheiten, die dem alten stalinistischen Regime, jetzt in Tadschikische Volksfront umbenannt, loyal geblieben waren, Duschanbe zurück. Ein Vertreter des Außenministeriums der neuen Regierung, in dessen Büro ein Poster von Madonna an der Wand hängt, sagte der *Los Angeles Times* (2. Februar), „wir wollen in einer aufgeklärten demokratischen Gesellschaft leben, nicht wie im Iran“. Nun war es an den Fundamentalisten, zu ihrer politischen Hauptbasis zu fliehen, über die Grenze ins tadschikische Gebiet Afghanistans, das in einem allseitigen Krieg, Stamm gegen Stamm,

auseinandergebrochen ist.

Die westliche bürgerliche Presse hat im allgemeinen den Bürgerkrieg in Tadschikistan als einen Konflikt zwischen rivalisierenden Klans abgehandelt, die Bezeichnungen „kommunistisch“ und „fundamentalistisch“ hätten dabei keine wirkliche Bedeutung. Zweifellos mobilisierte die Nabijew-Gang ihre Stammesbrüder gegen die im Süden basierte IRP. Die ehemaligen stalinistischen Apparatschiks hatten auch die Befehlsgewalt über einen loyalen Militärapparat, aufgebaut durch jahrzehntelanges Protektionswesen. Aber es ist unbestreitbar, daß Tadschikistans kleines und ethnisch gemischtes Proletariat und seine säkularisierte Intelligenz, konzentriert in Leninabad/Chujand, die Volksfront gegen die Fundamentalisten unterstützten. Es ist ebenso unbestreitbar, daß eine IRP/Mudschaheddin-Regierung alle Frauen in Tadschikistan zurückwerfen würde auf die entwürdigenden und versklavenden Bedingungen, unter denen Frauen in Afghanistan und Iran leben.

Ein Artikel über tadschikische Flüchtlinge in Afghanistan, der vor kurzem in der *New York Times* (14. Januar) erschien, enthüllt den enormen Fortschritt, den moslemische Frauen – sogar die rückständigsten und am stärksten der Tradition verbundenen – in der ehemaligen Sowjetunion gemacht haben:

„Tadschikische Frauen tragen Kopftücher, meiden aber den Tschador, den Überwurf, der vom Kopf bis zu den Füßen reicht und von Frauen in den konservativsten islamischen Gesellschaften getragen wird. Tadschikische Frauen zögern auch nicht, Männern in der Öffentlichkeit zu widersprechen und vertreten entschieden ihre Meinung. Viele der Frauen hier hatten Arbeit in Tadschikistan, im scharfen Gegensatz zu der Situation der Frauen in strikt moslemischen Ländern, die normalerweise zu Hause bleiben.“

Die Auswirkungen von sieben Jahrzehnten wirtschaftlicher Entwicklung und sozialen Fortschritts, eingeleitet durch die Oktoberrevolution, wenn auch deformiert durch den Stalinismus, waren in Sowjet-Zentralasien zu stark, um nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR den islamischen Fundamentalisten einen schnellen und leichten Sieg zu verschaffen. Jedoch ist das Schicksal dieser Region heute, wie seit mehr als einem Jahrhundert, direkt mit dem ihres mächtigen russischen Nachbarn verbunden.

Die Konsolidierung des im Aufbau begriffenen bürgerlichen Staates in Rußland, höchstwahrscheinlich in einer nationalistisch-bonapartistischen Form, würde die Kräfte des islamischen Fundamentalismus in Zentralasien enorm stärken. Wenn es jedoch der Arbeiterklasse in Rußland unter der Führung einer wirklich kommunistischen Partei gelingt, die kapitalistischen Restaurateure zu stürzen, dann würde dies alle fortschrittlichen sozialen Kräfte in Zentralasien mit sich reißen und die befreienden Ziele der bolschewistischen Revolution mit neuem Leben erfüllen.

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution

Die Oktoberrevolution verkündete als eines ihrer grundlegenden Ziele die Beendigung der Unterdrückung der Frau, der ältesten und am tiefsten verwurzelten Form der Unterjochung in der menschlichen Gesellschaft. Die Politik des frühen sowjetischen Staates war trotz der Verwüstungen infolge des Bürgerkrieges und trotz der Belagerung durch feindliche kapitalistische Mächte dennoch ein Modell der sozialen Emanzipation. Wie Trotzki schrieb: „Die Revolution unternahm einen heroischen Versuch, den sogenannten ‚Familienherd‘ zu zerstören, jene archaische, muffige und starre Einrichtung, in der die Frau der werktätigen Klassen von der Kindheit bis zum Tode wahre Zwangsarbeit leisten muß.“

Aber Stalin und seine Erben zogen im Namen der „so-



Ahmed Rashid

Wiederaufstieg des islamischen Fundamentalismus in den ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken. Usbekische Schulumädchen in Taschkent tragen das weiße Kopftuch als Symbol der „Reinheit“

zialistischen Familie“ und des „Sozialismus in einem Land“ die Befreiungsziele des Kommunismus in den Dreck. Sieben Jahrzehnte bürokratischer Degeneration des sowjetischen Staates gipfelten nun in einer kapitalistischen Konterrevolution, die auf den sozialen Errungenschaften und demokratischen Rechten der Frauen von Zentraleuropa bis Zentralasien herumtrampelt.

Es muß wieder eine kommunistische Bewegung zusammengeschiedet werden, eine Bewegung, die angetrieben ist vom Haß auf kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung und inspiriert vom Befreiungsprogramm des revolutionären Bolschewismus. Die Emanzipation der Frauen ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für eine weltweite kommunistische Ordnung, die alle Formen nationaler und rassistischer Ungleichheit überwindet und allen Individuen die Freiheit garantiert, ihre Fähigkeiten maximal zu entfalten auf der Basis der kollektiven Kontrolle der Menschheit über die Naturkräfte. ■

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin Telefon: (0 30) 4 92 78 66
Duisburg	T. Endrweit, Postlagernd 47051 Duisburg Telefon: (02 03) 6 58 92 (abends)
Halle	SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle Telefon: (03 45) 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreif, Weddingstraße 6 13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	--

Ukraine...

Fortsetzung von Seite 4

der Planwirtschaft hat auf die Ukraine verheerende Auswirkungen gehabt. Viele Betriebe, wie Charkows riesiges Motorenwerk Hammer und Sichel, haben die Produktion eingestellt, weil aus Rußland keine Teile kommen. Die rapide steigenden Preise in der Ukraine sind größtenteils das Ergebnis der immer schneller steigenden Kosten der Energieimporte.

Angesichts dieser Situation haben die Bergarbeiter verlangt, daß Renten- und Lohnerhöhungen an die Preissteigerungsrate gekoppelt werden und Lebensmittelpreise sowie Steuern gesenkt werden. Doch das Streikkomitee, das von der Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft (NPG) geführt wird und eng mit den Bergwerksdirektoren zusammenarbeitet, hat den Streik zunehmend nach eigenen politischen Vorstellungen manipuliert und ein Referendum über Krawtschuk und die Regierung gefordert sowie regionale „Selbstverwaltung“. Die Bergwerksdirektoren wollen regionale Autonomie, um die Kontrolle über die Profite aus dem Verkauf der Kohle auszuüben.

Mittlerweile forderte Berichten zufolge eine Demonstration von mehreren tausend „Kommunisten“ und „Sozialisten“ im nahegelegenen Lugansk, daß das Gebiet an Rußland angeschlossen wird. Um unter der vorwiegend ethnisch russischen Bevölkerung in der östlichen Ukraine eine nationalistische Stimmung aufzupeitschen, fordert die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU), Nachfolgerin der alten Kommunistischen Partei, auch, „Russisch zur offiziellen Sprache des Donezk-Gebiets“ zu machen.

In Moskau gab die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRK) noch nicht einmal Lippenbekenntnisse für den Streik ab, sondern tat sich statt dessen mit dem faschistoiden Russischen Nationalen Sobor zu einer kleinen „rot“-braunen Demonstration vor dem Fernsehzentrum Ostankino zusammen, die von üblen antisemitischen Tiraden gekennzeichnet war. Mit ihrer Propaganda für russischen Nationalismus – unter dem Deckmantel von „Sowjetpatriotismus“ – befinden sich die verschiedenen stalinistischen Ehemaligen in einem Block mit kapitalistisch-korporatistischen Kräften wie Arkadi Wolski und dem russischen Vizepräsidenten Alexander Ruzkoi.

Die streikenden Bergarbeiter sind überwiegend *antinationalistisch* und würden viel lieber in einer wiedervereinigten Sowjetunion leben. Ein riesiges rotes Banner bei der Demonstration am 14. Juni verkündete: „Nationalismus darf nicht durchkommen!“ Ein Sprecher der nationalistischen Ruch-Bewegung wurde bei einer früheren Demonstration ausgebuht mit Rufen wie „Mörder unserer Kinder“, in Erinnerung daran, wie ukrainische Nationalisten beim Nazi-Völkermord mitgemacht haben. Bergarbeiter sind stolz darauf, daß unter ihnen über 100 Nationalitäten vertreten sind. Wie ein Bergarbeiter sagte: „Wir haben Juden, Tataren, Ukrainer und Russen, alle arbeiten im Schacht zusammen.“ Großrussischer Chauvinismus ist ein Feind der russischen Arbeiter. Nur auf der Basis des leninistischen Internationalismus, der nationale Selbstbestimmung und volle demokratische Rechte für alle Nationalitäten garantiert, kann die Sowjetunion auf ihren ursprünglichen revolutionären Grundlagen wiedergeschmiedet werden.

Das Donbass war eine Schlüsselbastion des riesigen Bergarbeiterstreiks von 1989 gegen die Auswirkungen von Gorbatschows Perestroika-„Marktreformen“. Jener Streik markierte einen Höhepunkt im militanten Kampf der Arbeiterklasse, da Streikkomitees die Kontrolle über die Verteilung übernahmen und Verteidigungsgruppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung organisierten, was direkt die Möglichkeit der Doppelherrschaft und einer proletarisch-

politischen Revolution eröffnete, die den ganzen bankrotten stalinistischen Apparat weggefegt hätte, der – von Stalin bis Breschnjew und Gorbatschow – die Sowjetunion ausgezehrt und unterminiert hatte. Erinnerungen an den Streik von 1989 sind bei den Donezk-Bergarbeitern heute immer noch lebendig. Ein junger Bergarbeiter erzählte uns:

„1989 hatten wir Arbeiterverteidigungsgruppen, die in der Stadt patrouillierten. Die Verbrechen hörten völlig auf. Alle Geschäfte und Staatsläden wurden kontrolliert, um Preiserhöhungen zu unterbinden. Alle Geschäfte konnten überprüft werden, um das Horten von Vorräten zu verhindern. Aber selbst das ist nicht genug. Was wir wirklich brauchen, über Arbeiterverteidigungsgruppen hinaus, ist eine wirkliche Arbeiterpartei.“

Auch bei diesem Streik haben Arbeiter schon Patrouillen aufgestellt, die die Miliz (Polizei) in Schach halten. Die Bergarbeiter ließen sich durch Gerüchte über Truppenbewegungen nicht einschüchtern.

Doch wie Streikende erbittert aufzeigen, wird dieser Streik von oben straff kontrolliert: „Dies ist nicht das gleiche wie der 89er Streik. Damals hatten wir einen soliden Streik. Jetzt erzählt man uns praktisch nichts.“ Viele Führer, die aus den einfachen Arbeitern von 1989 hervorgingen, wurden vom Regime mit Regierungsposten gekauft oder in einigen Fällen bei mysteriösen „Unfällen“ getötet. Die NPG wurde nach jenem Streik von einer Clique Jelzin-freundlicher „Führer“ gegründet, die vom „AFL-CIA“ gesponsert wurden. Gemeinsam mit anderen „unabhängigen“ Gewerkschaften unterstützte sie Jelzin beim russischen Referendum am 25. April. Doch als im letzten Sommer die Jelzin-freundliche Fluglotsengewerkschaft streikte, brachen Jelzin und Ruzkoi den Streik rücksichtslos. Ebenso verließ sich die ukrainische NPG-Führung auf Krawtschuk, den ehemaligen stalinistischen Chef der Ukraine, der sich müheles und über Nacht zum Kapitalismus bekehrte.

Zu den Forderungen, die vom Koordinationskomitee aufgestellt wurden, gehört der Aufruf, die Kaufkraft der Arbeiter wieder auf das Niveau von 1988 zu bringen. Auf die Frage, wie dies durchgesetzt werden könnte, antworten Vertreter des Komitees: „Soll der Staat sich seine Gedanken darüber machen.“ Aber dieser *kapitalistische* Staat kann die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie in dem ehemaligen Arbeiterstaat existierten, nicht wiederherstellen, auch wenn dieser durch die Mißwirtschaft der stalinistischen Bürokratie deformiert war. Um den Arbeitern wirtschaftliche Sicherheit zu bringen, ist es notwendig, die Wirtschaft wiederzubeleben, die zentrale Planung und das Kollektiveigentum an Produktionsmitteln wiederherzustellen und die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den verschiedenen Regionen der ehemaligen Sowjetunion wiederzuschmieden. Dazu ist eine *sozialistische Revolution* notwendig, die alle konterrevolutionären Regime weggefegt, vor allem den dominierenden russischen Staat, und die die Arbeiter über ihre eigenen demokratisch gewählten Sowjets an die Macht bringt.

Die große Mehrheit der Streikenden sieht, trotz aller Militanz und Frustration, keine Alternative zur augenblicklichen Führung. Aber wenn ihre Hoffnungen wahr werden sollen, liegt der Schlüssel im Aufbau einer revolutionären Partei, geschmiedet in unversöhnlicher Opposition gegen alle Varianten von Nationalismus und alle Flügel der Mächtetern-Ausbeuter. Ein älterer Streikführer meinte, nachdem er unseren Artikel gelesen hatte: „Dies ist absolut richtig. Die Partei war vor Lenins Tod eine wirkliche Partei der Arbeiter und eine revolutionäre Partei. Danach wurde sie wirklich zu einer Partei von Abschaum.“ Es ist notwendig, jetzt damit anzufangen, von neuem eine Partei Lenins und Trotzki aufzubauen, die die sowjetischen Arbeiter wieder an die Spitze des Kampfes für die sozialistische Weltrevolution stellen kann. ■

Bischofferode...

Fortsetzung von Seite 24

die Kali-Kumpel tatkräftig zu unterstützen. Schreibt an: Kaliwerk Bischofferode, 99768 Bischofferode, Fax: (03 60 77) 992 71. Telefon: (03 60 77) 994 74 oder 994 15 oder 994 70. Spendet an: Spendenkonto Kaliwerk Bischofferode, Kreissparkasse Worbis, Konto-Nr. 360 310 38, BLZ 820 540 22.

Die kapitalistische Konterrevolution hat die Wirtschaft der DDR zerstört, nicht aber die Arbeiterklasse und ihre Kampfkraft! Die Arbeiter haben mit dem Metaller- und Stahlarbeiterstreik im Frühjahr ihre Kampfkraft gezeigt,



Spartakist

Bischofferode, 10. Juli: 5000 Arbeiter gegen Arbeitsplatzvernichtung

und im Mai letzten Jahres haben sie mit dem ÖTV-Streik Kohl eine Ohrfeige verpaßt. Zuerst haben die Bosse uns erzählt, daß die Metaller nicht gewinnen können. Doch sobald die Ausweitung auf den Westen greifbar nahe war, haben die SPD-Gewerkschaftsbürokraten den Streik ausverkauft. Deshalb heißt die notwendige Ausweitung ein Kampf um die Führung der Gewerkschaft. „Bischofferode ist nicht zu halten“, sagte Hans Berger, der SPD-Chef der IG Bergbau, der die ganze Zeit im Bett mit der Treuhand war! Er schließt sich der Breuel-Behörde und der Kohl-Bande an, die das Lied der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* singen, „daß ihr Kampf vergeblich ist“. Berger unterscheidet sich nicht qualitativ von Rappe und auch den IGM-Bonzen, die mit in der Treuhand sitzen und deren Repräsentanten sich in den Betriebsräten daran beteiligen, ganze Fabriken dichtzumachen. Die ganze prokapitalistische Bürokratie muß aus den Gewerkschaften rausgeschmissen werden, um die IGBE und alle Gewerkschaften zu Kampfinstrumenten der Arbeiter zu machen anstelle von Agenturen des Kapitals!

Dieser Kampf kann Schockwellen durch das ganze Land senden, genau aus diesem Grund hassen ihn die Frankfurter Bankier-Journalisten und Kohls Gönner bei der IG-Farben-Nachfolgerin BASF so sehr, und die SPD-Gewerkschaftsbürokraten fürchten die Kali-Kumpel wie den Teufel. Deshalb schickten sie Polizei-Provokateure in die Bergarbeiter-Demonstration in Erfurt, wie schon zuvor zum Protest vor der Treuhand in Berlin. Die Antwort der Kumpel war, daß sie jetzt soweit sind, den Rücktritt einer Regierung zu fordern, die den Arbeitenden keine Existenz bieten kann. Richtig! Es geht um die Macht! Um die Konterrevolution und die Offensive des Kapitals zurückzuschlagen, brauchen die Arbeiter eine revolutionäre Partei! Dafür kämpfen die Spartakisten.

Organisiert Solidaritätsstreiks! Macht die BASF-Gruben bei Kassel dicht! Weitet den Kampf aus, in den Westen wie in den Osten; ins Ruhrgebiet, zu den schweren Bataillonen der Arbeiterklasse bei Stahl, Auto, Schiffbau. Die zahlreichen Immigranten, darunter Zehntausende Türken und Kurden, die eine Schlüsselrolle in der Produktion spielen, können ihre Kampferfahrung in vorderster Reihe einsetzen.

Die Antwort von Berger und von SPD/DGB auf die kapitalistische Krise ist Protektionismus, wo deutsche Arbeiter gegen Arbeiter im Ausland und jetzt Wessis gegen Ossis ausgespielt werden. Die PDS behauptet, der beste Verteidiger der Ostdeutschen zu sein. Aber Gysi und Hans

„Deutschland, einig Vaterland“ Modrow leisteten Überstunden, um die DDR und die sozialen Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaates an die Bourgeoisie von Auschwitz zu verschenken. Modrow fuhr 1990 persönlich nach Rottleberode, um die Besetzung und den Hungerstreik der Bergleute dort auszuverkaufen. Diese PDS-Helden der bürgerlichen Demokratie tragen einen großen Teil Verantwortung für die Massenarbeitslosigkeit und Verwüstung der Ex-DDR. Im Gegensatz dazu sagten die Spartakisten von Anfang an „Nein“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung.

Die Arbeiterklasse ist eine internationale Klasse. Die britischen Bergarbeiter erhielten in ihrem über einjährigen Kampf 1984/85 finanzielle Unterstützung von den superausgebeuteten schwarzen Berg-

arbeitern in Südafrika bis zu den Bergwerken der ehemaligen Sowjetunion. Heute kämpfen die Kumpel von Polen bis zum Donbass in der Ukraine gegen die verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Konterrevolution. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft für die Herrschaft der Arbeiterklasse und für die revolutionäre Einheit der polnischen, sowjetischen und deutschen Arbeiter in der Tradition von Luxemburg, Lenin und Liebknecht!

Im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse müssen die Gewerkschaften dafür mobilisiert werden, Immigranten und Flüchtlinge gegen Nazi- und Staatsterror zu verteidigen. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Die SPD stimmte am Vorabend der Nazi-Brandanschläge in Rostock und erneut in Solingen der Vernichtung des Asylrechts zu. Die Bergarbeiter in Hoyerswerda hatten die Macht und den Willen, die rassistischen Skinhead-Banden wegzufegen. Was gefehlt hat, war eine entschlossene Führung. Und wenn die Kumpel damals die Sache erledigt hätten, hätten Rostock, Mölln und Solingen vielleicht nie stattgefunden.

Die Massenverelendung und Verzweiflung, die von der kapitalistischen Konterrevolution hervorgerufen wurden, sind der Nährboden für den Nazi-Terror. Die Kali-Arbeiter verlangen Arbeit für alle. Dies können wir erreichen durch den Kampf für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände, wie wir Trotzkisten fordern. Nicht eine 35-Stunden-Woche, die die IG Metall gefordert hat und jetzt aufgibt, um mehr Beteiligung am Management zu kriegen, sondern die volle Beseitigung der Arbeitslosigkeit bei vollem Lohnausgleich. Das aber bedeutet den Kampf für eine Arbeiterregierung. Um ein für alle Mal Schluß zu machen mit Unterdrückung und Nazi-Terror, müssen wir die Bourgeoisie stürzen durch eine Arbeiterrevolution, die allen Werktätigen eine Zukunft bieten kann. ■

SPARTAKIST

Stürzt Kohl/Treuhand-Bande, schmeißt SPD/DGB-Verräter raus!

Bischofferode: Kampfgruf an Arbeiter in Ost und West!



dpa

17. Juli — Mit 91 Prozent stimmten die Kalikumpel in Bischofferode für die Fortsetzung ihres Kampfes. Fünf Frauen haben sich bisher dem Hungerstreik angeschlossen. Bei Bergarbeitern von Belgien und den Niederlanden über

Für eine Arbeiterregierung!

Britannien und Polen wächst die Solidarität mit den mutigen Frauen und Männern in Bischofferode. Eine der Besetzerinnen aus Bischofferode erklärte der polnischen Zeitung *Gazeta Wybowca*: „Es geht um unsere Jobs und die Jobs unserer Männer, aber auch gegen die Politik der Regierung gegen Frau und Kind. Sie schließen weiterhin Kindergärten und Kinderkrippen, um Frauen dazu zu zwingen, zu Hause zu bleiben. Ich will doch Geld verdienen.“ Wir kämpfen international für die Mobilisierung von Solidaritätsaktionen. Unsere Genossen der Spartakusowska Grupa Polski haben eine Erklärung zu Bischofferode herausgebracht und sind bei Bergarbeitern und Textilarbeiterinnen auf lebendiges Interesse gestoßen, genau wie bei der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, mit der unsere Genossen dort in Verbindung stehen. Das Flugblatt vom 16. Juli, das wir nachstehend abdrucken, haben wir bisher an Stahl- und Bergarbeiter von Hennigsdorf bis zum Ruhrgebiet verteilt. In Bischofferode, wo unsere Genossen bei der heutigen Kundgebung sprachen, gab uns ein Mitglied

des Sprecherrats die folgende Erklärung:

„Wir sind bloß ein kleiner Betrieb. Wir sind nur eine Belegschaft von 700 Mann. Wir probieren, ein Zeichen zu geben. Laßt euch das nicht gefallen. Laßt euch von oben nichts aufdrücken. Wir halten hier durch. Wir kämpfen für euch alle. Zieht alle nach. Egal, wo ihr wohnt, wo ihr lebt, was ihr seid, welche Hautfarbe, welchen Glauben ihr habt, kämpft mit uns!“

In Bischofferode kämpfen die Kumpel erbittert gegen die Zerstörung ihrer Gruben. 40 Kumpel sind im Hungerstreik, die Frauen haben seit Wochen in Solidarität den oberen Schacht besetzt. Sie kämpfen für die Millionen Arbeiter, die im Osten ihre Arbeit verloren haben, und für die Arbeiter im Westen, die für die Konterrevolution bezahlen sollen mit Betriebsschließungen, Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. Arbeiter-Delegationen von Buna bis Rheinhauen waren bei den Bergarbeiterdemonstrationen und unterstützen sie mit Geldsammlungen.

Den Bergleuten des Thomas-Müntzer-Schachts und darüber hinaus sagen wir mit Thomas Müntzers *Manifest an die Bergknappen* von 1525: „Dran, dran, dran! Regt an in Dörfern und Städten und sonderlich die Berggesellen mit anderen gute Burschen... Dran, dran, dran, dieweil das Feuer heiß ist!“ Die Spartakist-Arbeiterpartei ruft alle Gewerkschaften und die ganze Arbeiterbewegung auf,

Fortgesetzt auf Seite 23